

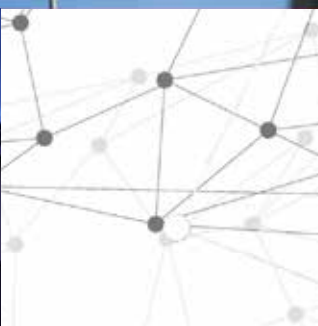


Legislaturbilanz

Staatsrat

2017-2021


 ETAT DE FRIBOURG
 STAAT FREIBURG
 Chancellerie d'Etat CHA
 Staatskanzlei SK



Legislaturbilanz 2017 – 2021

—

Vom Staatsrat an den Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir haben die Ehre, Ihnen die Legislaturbilanz 2017 – 2021 zu überreichen, und bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen.

Im Namen des Staatsrats

Der Präsident:
Jean-François Steiert

Die Staatskanzlerin:
Danielle Gagnaux-Morel

Freiburg, 4. Oktober 2021



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
Hintergrund	8
Wirtschaftliche Lage zu Beginn der Legislaturperiode 2017-20218	
Die Trümpfe des Kantons Freiburg für eine ideale Entwicklung	9
Die COVID-19-Krise	10
Andauerndes Bevölkerungswachstum	12
Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Legislaturperiode	13
Auswirkungen von COVID-19 auf die Legislaturperiode	14
Drei Leuchtturmprojekte für die Zukunft des Kantons	18
1 Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch	19
Ziele	20
Realisierungen	21
Die Wettbewerbsfähigkeit fördern	21
Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen von Unternehmen fördern	22
Schlussfolgerung und Empfehlungen	24
2 Freiburg verstärkt sein Kantonszentrum	25
Ziele	26
Realisierungen	26
Ein Fusionskonzept	26
Schlussfolgerung und Empfehlungen	28
3 Freiburg macht seine digitale Revolution	29
Ziele	30
Realisierungen	31
Schlussfolgerung und Empfehlungen	32

Die Zielsetzungen des Regierungsprogramms 2017- 2021	33
<hr/>	
1 Die Beschäftigung fördern	34
Ziele	35
Realisierungen	35
Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stimulieren	35
Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen fördern	37
Qualitativ hochstehende Ausbildung und Zweisprachigkeit fördern	38
Führend im Nahrungsmittelsektor werden	39
Den Tourismussektor dynamisieren	40
Mit gutem Beispiel vorangehen	41
Schlussfolgerung	42
<hr/>	
2 Den Kanton modernisieren	43
Ziele	44
Realisierungen	44
Regionen und territoriale Strukturen entwickeln	44
Effiziente Raumplanung	45
Die Infrastrukturen anpassen	46
Die nachhaltige Mobilität fördern	47
Den Service-Public und die Transparenz stärken	48
Die Tätigkeit des Staates Freiburg digitalisieren	49
Schlussfolgerung	50
<hr/>	
3 Die Lebensqualität verbessern	51
Ziele	53
Realisierungen	54
Die Gesundheit bewahren und fördern	54
Den sozialen Zusammenhalt und das Image des Kantons unterstützen	56
Den Zugang zur Kultur, zum kulturellen Erbe und zum Sport fördern und Talente unterstützen	58
Die natürlichen Ressourcen erhalten	59
Die Sicherheit gewährleisten	60
Die richterliche Gewalt reorganisieren	62
Schlussfolgerung	63
<hr/>	
Kantonsfinanzen	64
<hr/>	
Anhang	66
<hr/>	



Einleitung

«Innovation, Stärkung des Kantonszentrums und Digitalisierung» waren die Schlüsselwörter der Freiburger Regierung für diese Legislaturperiode, die nun zu Ende geht. Nun, da es Zeit ist, Bilanz zu ziehen, ist der Freiburger Staatsrat der Meinung, dass er die Herausforderungen, die er sich vor fünf Jahren gestellt hat, grösstenteils bewältigt hat.

In einem schwierigen Umfeld, das natürlich von der Covid-19-Pandemie geprägt ist, hat der Freiburger Staatsrat seine ganze Energie darauf verwendet, die Bedürfnisse einer ständig wachsenden Freiburger Bevölkerung zu erfüllen.

Ende 2021 ist die Finanzlage des Staates Freiburg trotz der schrecklichen Gesundheitskrise, die seit fast zwei Jahren die ganze Welt erschüttert, nach wie vor beneidenswert, vor allem dank der soliden und umsichtigen Verwaltung der öffentlichen Mittel in den letzten Jahren. Dieses ermutigende Ergebnis wird es dem Kanton ermöglichen, weiterhin in wichtige Bereiche wie Bildung, Innovation und Soziales, aber auch in Bereiche mit starkem Wachstum wie nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung zu investieren.



Diese positive Bilanz der Legislaturperiode ist das Ergebnis des täglichen Engagements der Mitglieder der Regierung und ihrer Fähigkeit, pragmatische und kollegiale Lösungen zu finden, unterstützt von einer agilen und modernen Verwaltung.

Der Staatsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates, die sich trotz allen Schwierigkeiten ständig bemühten, ihre Aufgaben zu erfüllen, ganz herzlich. Er ist glücklich über die gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt und mit den übrigen Gemeinwesen des Kantons und dankt der Freiburger Bevölkerung für das Vertrauen, das sie ihm während der ganzen Legislaturperiode entgegengebracht.

Wir wünschen allen viel Spass beim Lesen.

Freiburg, 31. August 2021

Schwerpunkte der Legislaturperiode

«Diese Legislaturperiode bedeutete eindeutig einen Paradigmenwechsel. Mit der beispiellosen Klimakrise, der Covid-Pandemie und dem gesamten Digitalisierungsprozess hat sich der Wandel unserer Gesellschaft beschleunigt. Es ist eine grosse Chance, eine neue Lebensform im Kanton Freiburg gestalten zu können, die auf die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Tradition und Innovation, Telearbeit und menschliche Beziehungen oder Produktivität und Schutz der natürlichen Ressourcen aufgebaut ist.»

Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin.



Die Regierung in corpore: von links nach rechts:
Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin,
Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, EKSD,
Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, GSD,
Olivier Curty, Staatsrat, VWD,
Jean-François Steiert, Staatsrat, RUBD,
Georges Godel, Staatsrat, FIND,
Maurice Ropraz, Staatsrat, SJD,
Didier Castella, Staatsrat, ILFD (Nachfolger von
Staatsrätin Marie Garnier, die 2018 zurückgetreten ist)



Hintergrund

Wirtschaftliche Lage zu Beginn der Legislaturperiode 2017-2021

Aufgrund eines günstigen finanziellen Umfelds und einer guten Verbraucherstimmung prägte in den Jahren 2017 und 2018 eine positive Dynamik die Weltwirtschaft.

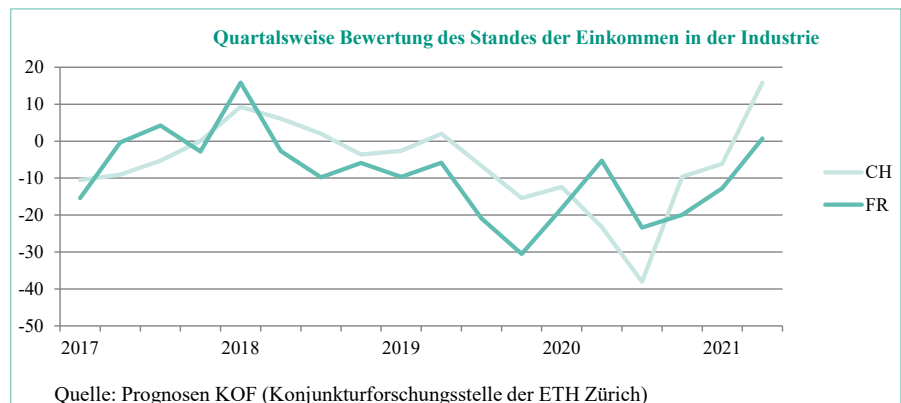
Insbesondere die Vereinigten Staaten und China haben sich als die wichtigsten Wirtschaftsmotoren erwiesen, deren internationaler Handel der ganzen Welt zugute kam. Auch die Schweiz profitierte von dieser Situation, insbesondere von der konjunkturellen Stabilität in der Eurozone.

Trotz der Abschaffung des Mindestkurses im Jahr 2015 schwächte sich der Franken zu Beginn

der Legislaturperiode leicht ab, so dass sich die Exportsektoren gut behaupten konnten. Dank des robusten Wachstums konnte sich der Schweizer Arbeitsmarkt erholen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote geführt hat. Im Kanton Freiburg war der wirtschaftliche Aufschwung verhaltener, und die Anzeichen einer Erholung zeigten sich nur langsam. Die Arbeitslosenquote blieb zwar niedrig, lag aber seit August 2018 leicht über dem Schweizer Durchschnitt.

Vor allem der Detailhandel litt etwas, während die Freiburger Exporte vom günstigen internationalen Umfeld profitierten. Aufgrund der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums hat der Bausektor jedoch an Schwung verloren.

Doch schon damals gab es Anzeichen dafür, dass das weltweite Wirtschaftswachstum nicht so solid war, wie es schien. So verfolgten die USA immer mehr eine protektionistische Wirtschaftspolitik und erhoben Einfuhrzölle. In der Folge haben die Spannungen in den Handelsbeziehungen der grossen Wirtschaftsmächte zugenommen, und die Wirtschaftslage hat sich in den verschiedenen Ländern, auch in der Schweiz, unterschiedlich entwickelt.

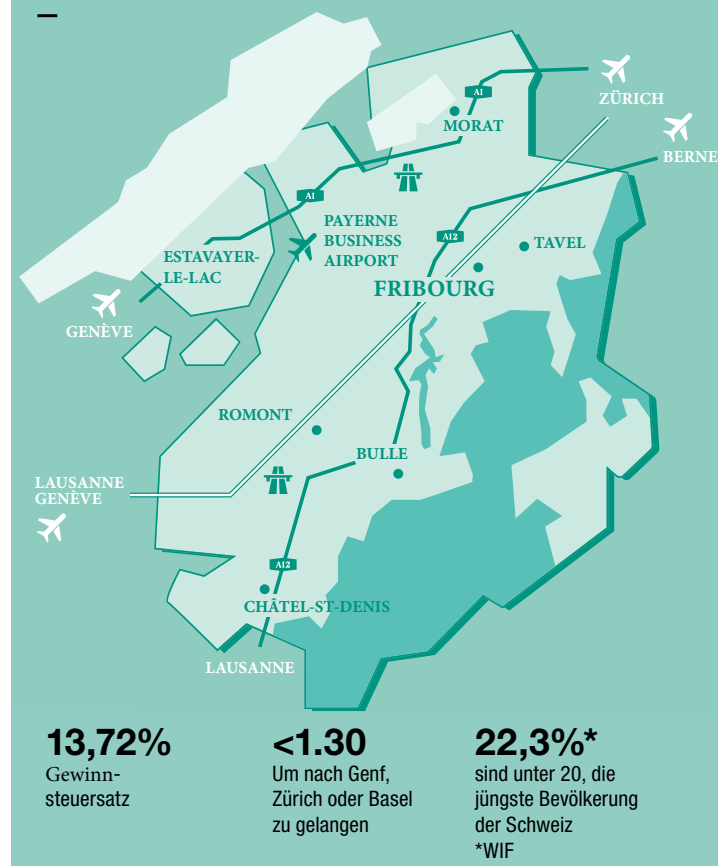


Der Brexit hat mit seinen langwierigen Verhandlungen über die Bedingungen des Austritts und die anschliessenden Beziehungen zur EU für Unsicherheit gesorgt. Es überrascht daher nicht, dass sich in der Folge das weltweite Wirtschaftswachstum 2019 abschwächte.

Auf der politischen Ebene gaben der Aufstieg populistischer Regierungen und die Unruhen in Hongkong Anlass zur Sorge, hinzu kamen die Krise in Italien und der noch immer ungelöste Brexit. All diese Fakten haben dazu geführt, dass die BIP-Prognosen nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern auch für die Schweiz wiederholt nach unten korrigiert wurden. Die Schweizer Exportindustrie ist von dieser schwierigen Situation betroffen und hat nun Mühe, ihr hohes Niveau zu halten. Auch die mühsamen Verhandlungen mit der EU über das Rahmenabkommen trugen nicht zur Verbesserung bei. Das schwierige internationale Umfeld führte zu einem Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken, der die SNB zu Interventionen veranlasste. Ausserdem blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt, so dass der Konsum weiterhin stark blieb. Ähnlich sieht es im Kanton Freiburg aus, wo sich die Unternehmerinnen und Unternehmer unzufrieden mit der Situation, aber optimistisch für die Zukunft äusserten. Die Wirtschaftstätigkeit erholte sich zwar, blieb aber unter dem nationalen Durchschnitt. Der Detailhandel erlebte genau die gleiche Entwicklung, und die Situation verbesserte sich, kam aber nicht richtig in Schwung. Nur die Arbeitslosenquote blieb erfreulicherweise niedrig. Und dann kam das Covid-19-Virus.

Eine neue Realität: die Ungewissheit

Der Kanton Freiburg und seine ideale geografische Lage im Herzen der Schweiz



Die Trümpfe des Kantons Freiburg für eine ideale Entwicklung

- > Wettbewerbsfähige Steuern, gut ausgebildete und hochqualifizierte Arbeitskräfte, ein zweisprachiges Umfeld und Verfügbarkeit von Grundstücken.
- > Der Kanton liegt an den wichtigsten Strassen-, Bahn- und Flugverbindungen der Schweiz und Europas, weniger als 90 Minuten von Basel, Bern, Genf und Zürich entfernt.



Die COVID-19-Krise

—
Dank einer entgegenkommenden Geldpolitik und einer Beruhigung der Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China schien die Weltwirtschaft zunächst gut in das neue Jahr 2020 gestartet zu sein. Dann verbreitete sich das COVID-19-Virus immer schneller in der ganzen Welt und entwickelte sich zu einer Pandemie mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Bald wurde klar, dass diese Krise schwerwiegender sein würde als die Finanzkrise von 2008. Um die Ausbreitung einzudämmen, haben viele Länder beschlossen, das wirtschaftliche und soziale Leben mit Lockdowns und Schliessungen zu unterbrechen. Diese Regelungen wurden durch flankierende Massnahmen kompensiert. Aber nur Staaten mit bewährter Regierungsführung, starken Gesundheitssystemen und finanziellem Handlungsspielraum waren in der Lage, angemessen auf die Gesundheitskrise zu reagieren.



Die Covid-19-Staatsratsdelegation bei einer Medienkonferenz.

« *In der Schweiz hat sich das Instrument der Kurzarbeit als besonders wirksam erwiesen.* »

Entwicklungs- und Schwellenländer jedoch befanden sich nicht in einer solch privilegierten Position. In der Schweiz hat sich das Instrument der Kurzarbeit als besonders wirksam erwiesen, um der teilweise gelähmten Wirtschaft zu helfen; parallel dazu wurden andere Massnahmen, etwa zur Unterstützung von Härtefällen, ergriffen. Dennoch hat die Pandemie auch die Schweiz hart getroffen. Der internationale Handel wurde stark eingeschränkt; das bekamen die exportorientierten Branchen, wie die Maschinen-, Elektrogeräte- und Metall- oder die Uhrenindustrie zu spüren. Eine erneute Aufwertung des Frankens machte die Sache nicht einfacher.

Noch schwieriger war die Situation für den Tourismus, den Kunst-, Freizeit- und Unterhaltungssektor und den Luftverkehr.

Die Lockdownmassnahmen vom Frühling 2020 erwiesen sich jedoch als wirksam und ermöglichten im Sommer viele Erleichterungen, welche die Unternehmerinnen und Unternehmer wieder etwas optimistischer in die Zukunft blicken liessen. Dasselbe galt für den Kanton Freiburg, wobei sich ein wichtiger Wirtschaftszweig des Kantons als krisenresistent erwies: Die Lebensmittelindustrie verzeichnete eine starke Nachfrage nach ihren Produkten. Auch die Chemie-, die Pharma- und die Kunststoffbranche erlebten einen Aufschwung. Das Hotel- und Gaststättengewerbe befand sich jedoch in einer schwierigeren Situation, da es Teile seiner Aktivitäten einstellen musste und trotz der Unterstützungs-massnahmen um sein Überleben kämpfte.

Viele Länder waren gezwungen, laufend strenge Schutzmassnahmen zu ergreifen, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkte. Nur China, dem es gelungen ist, die Pandemie einzudämmen, sowie die Vereinigten Staaten und Japan haben eine solide wirtschaftliche Erholung erlebt. Mit den Lockerungen im Sommer 2020 konnte die Hotellerie dank der inländischen Kundschaft einen Teil des verlorenen Geschäfts wieder gutmachen, aber die zweite Welle stand bereits bevor. Anfang 2021 musste eingeräumt werden, dass die Pandemie noch lange nicht unter Kontrolle war. Die aufeinanderfolgenden Lockdowns hatten erhebliche soziale Auswirkungen. Die Auswirkungen dieser Krise werden in den nächsten Jahren weiter spürbar sein und insbesondere diejenigen, die bereits gefährdet sind, treffen, aber im Besonderen auch Kinder und Jugendliche. Aber es gab auch andere Lichtblicke am Horizont: Ein chaotischer Brexit wurde vermieden, und in den USA trat eine Regierung, die mehr Berechenbarkeit versprach, ihr Amt an. Endlich wurden die ersten Impfstoffe angekündigt und gelangten auch bald zum Einsatz.

Der Optimismus wird jedoch durch das Auftreten neuer Virusvarianten gedämpft

In der Schweiz haben Schutzmassnahmen und Impfungen die Situation zunächst beruhigt. Das Auftreten einer neuen Variante, die Rückkehr aus dem Urlaub und die sinkende Einhaltung der Hygienevorschriften haben jedoch erneut zu einer Verschlechterung der epidemiologischen Lage und damit zu einem Anstieg der Infektionen und Spitalaufenthalte geführt. Trotz positiver Anzeichen sind wir also, was die Pandemie und ihre Auswirkungen betrifft, noch nicht am Ende der Krise angelangt. Die Schulden der Gemeinwesen werden die Weltwirtschaft noch lange Zeit beschäftigen.



Zudem ist die Schweiz noch immer unsicher darüber, wie sich die Beziehungen zur EU nach dem Scheitern der Verhandlungen über das Rahmenabkommen gestaltet lassen.

Die COVID-19-Krise kann jedoch auch als Chance gesehen werden, da sie der Wirtschaft neue Impulse in Richtung Digitalisierung und Nachhaltigkeit geben kann.



Andauerndes Bevölkerungswachstum

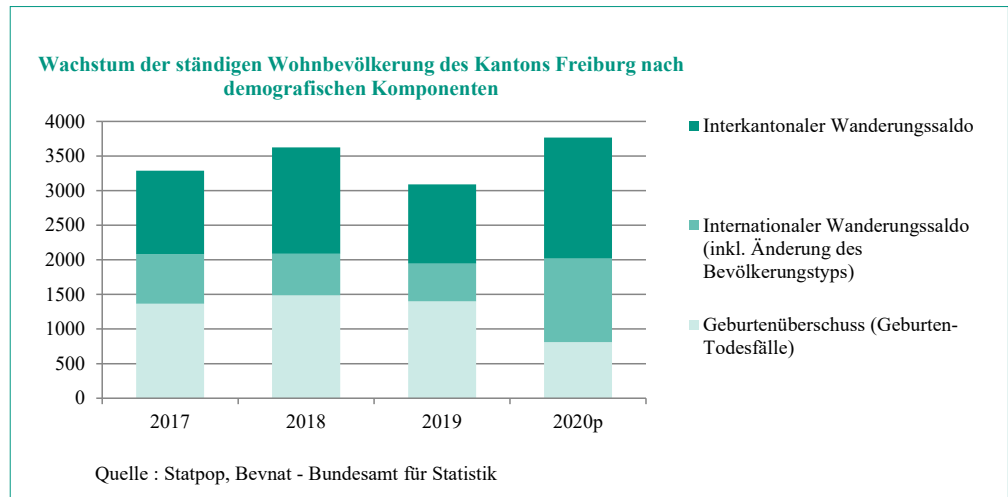
Die Bevölkerung des Kantons Freiburg hat in den letzten vier Jahren um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr zugenommen. Das Coronajahr 2020 liegt in dieser Hinsicht in der gleichen Grössenordnung, trotz der deutlichen Übersterblichkeit der über 80-jährigen Personen. Dies lässt sich durch eine positive Wanderungsbilanz erklären, die höchste der letzten vier Jahre. Im Vergleich zur letzten Legislaturperiode hat sich das Bevölkerungswachstum jedoch verlangsamt.

Dies wird sich mit Verzögerung auf den Bausektor auswirken, der sich an die neuen Gegebenheiten anpassen muss.

Aber auch die Infrastruktur und die Dienstleistungsindustrie werden nicht mehr so schnell wachsen können wie in der Vergangenheit.

Es ist sehr schwierig, Prognosen für die kommenden Jahre zu erstellen. Zu viele Faktoren der derzeitigen pandemiebedingten Krise – demografische, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen – sind noch unklar.

«*Freiburger Konjunktur: eine vorsichtige Rückkehr zum Optimismus wird von der fehlenden Vorhersehbarkeit geprägt.*»



Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Legislaturperiode

Es ist unmöglich, über die zweite Hälfte der Legislaturperiode zu berichten, ohne das Coronavirus zu erwähnen. Der Staatsrat hat die im Kanton ergriffenen Massnahmen zur Bewältigung der durch die beiden COVID-19-Pandemiewellen ausgelösten gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Krise bereits in verschiedenen offiziellen Dokumenten dargelegt (Bericht 2020-GC-98, der am 12. Juni 2020 an den Grossen Rat überwiesen wurde, Antworten auf die zahlreichen parlamentarischen Vorstösse im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Lage, Konjunkturprogramm, Gesetzesentwurf zur Genehmigung der Sofortmassnahmen, separater Auszug aus dem Tätigkeitsbericht 2020 usw.).

«**Diese Gesundheitskrise hat eine unglaubliche Solidarität in der Bevölkerung offenbart. Junge Menschen setzten sich ein, um Betagten zu helfen.**»

Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, GSD



Während der ersten Welle stellten sich viele Freiburgerinnen und Freiburger den Personen, die darum ersuchten, zur Verfügung.

Mit all diesen Dokumenten konnte die Regierung dem Grossen Rat regelmässig die Pandemiebewältigung für den Zeitraum 2020-2021 vorstellen.

Statistisch gesehen hat der Staatsrat unzählige Sitzungen ausschliesslich COVID-19 gewidmet. Wie der Rest der Bevölkerung musste auch die Regierung ihre Arbeitsweise anpassen, mit dringend einberufenen Sitzungen, dem Einsatz von Videokonferenzen, verkürzten Fristen für die Vorbereitung der Dossiers und vielen Unbekannten, mit denen sie fertig werden musste.

Von Anfang an war dem Staatsrat klar, dass es sich nicht nur um eine Gesundheitskrise, sondern um eine umfassende Krise, mit bedeutenden Folgen auf wirtschaftlicher, aber auch auf sozialer und schliesslich menschlicher Ebene, handelte.



Auswirkungen von COVID-19 auf die Legislaturperiode

—

Während der ganzen Krise ergriff der Staatsrat die notwendigen Massnahmen, um das Virus zu bekämpfen. Um den Entscheidungsprozess zu erleichtern, ernannte er eine Delegation, der die Direktorin für Gesundheit und Soziales und der Sicherheits- und Justizdirektor angehörten.

Auswirkungen der Pandemie auf die Legislaturperiode

—

Die Auswirkungen der Pandemie waren sehr schwerwiegend und erforderten ein enormes Mass an Arbeit. Wir befanden uns in einem Sturm mit ständig sich ändernden Bedingungen, neuen Regeln, neuen Herausforderungen, die sich gegenseitig verstärkten, erklärt Olivier Curty, Staatsrat und Vorsteher der VWD. In wenigen Monaten hat die VWD rund 20 neue oder revidierte Verordnungen promulgiert. Die rasche Umsetzung war entscheidend, um Unternehmen zu helfen, die von den Umsatzeinbussen aufgrund der Einschränkungen betroffen waren.



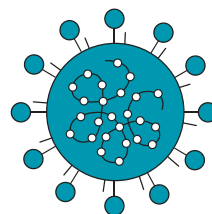
Der Staatsrat hat am 18. März 2020 rund 50 Millionen Franken für Soforthilfemassnahmen des Kantons für die Wirtschaft freigegeben.

Er setzte das kantonale Führungsorgan (KFO), in einer ausserordentlichen Struktur (KFO Covid-19) ein, um die betreffenden Direktionen und die Schlüsselämter im Kampf gegen die Pandemie zu unterstützen. Gleichzeitig bot er die GSK-Covid-19 auf, um die Bewältigung von COVID-19 innerhalb des Staates Freiburg zu koordinieren und um sicherzustellen, dass die Stäbe der Direktionen über die Entwicklung der Situation informiert werden. Nach dieser ersten Welle wurde die sanitäre Organisation angepasst, um ein andauerndes Krisenmanagement zu gewährleisten, und es wurde eine sanitäre Task Force eingerichtet, die mehrere hundert Mitarbeiter zählte. Diese Task Force arbeitete dann mit der Koordinierungsstelle zusammen, die für die Durchführung der Massnahmen vor Ort und die Aufsicht über sie eingerichtet wurde.

In dieser Zeit hat der Staatsrat verschiedene gezielte Massnahmenpakete, namentlich für den Bildungssektor, die Kulturschaffenden, den Tourismus, das Gastgewerbe, die Medien, die

Unternehmen und die Selbstständigen, geschnürt. Er legte auch einen Plan zur Stützung der Wirtschaft vor, um die dauerhafte Wiederbelebung der Wirtschaft zu begleiten; dieser Plan gehört zur Absicht des Staatsrats, den Konsum zu unterstützen, die Investitionen der Unternehmen zu fördern und die Rahmenbedingungen im

Kanton zu verbessern. Darüber hinaus schlug



COVID19

Fribourg **Freiburg**

www.fr.ch

er Steuersenkungen vor, um den negativen Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken. Gleichzeitig hat die Regierung auch keine Anstrengung gescheut, um die Gesundheitskrise zu bewältigen. Dadurch konnte insbesondere die Impfkampagne vor Ende 2020 beginnen. Seitdem haben die Kampagnenteams unermüdlich daran gearbeitet, dass bis Mitte Sommer 2021 mehr als die Hälfte der Bevölkerung geimpft war. Leider haben im Kanton seit Beginn der Pandemie schon fast 500 Personen ihr Leben verloren.

Über diese Zahlen hinaus wurden zahlreiche Veranstaltungen, die normalerweise das Leben der Freiburgerinnen und Freiburger prägen, abgesagt und die soziale Interaktion stark eingeschränkt. Im Schulbereich wurde beispielsweise der Unterricht für sechs Wochen eingestellt, was bedeutete, dass alle Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler erhebliche Anpassungen vornehmen mussten.

Am Ende der Legislaturperiode sind die schulischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölkerung im Allgemeinen und auf Jugendliche im Besonderen immer noch schwer zu messen. Der Staatsrat widmet jedoch den indirekten Folgen der Pandemie grosse Aufmerksamkeit und überwacht das Wohlergehen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger genau. Dasselbe gilt für die jungen Generationen. Vor kurzem hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen Plan zur Unterstützung von Jugendlichen entwickeln soll.

« Agilität, Schnelligkeit und verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Direktionen waren die Schlüsselfaktoren bei der Reaktion auf die Pandemie. »

Maurice Ropraz, Staatsrat, SJD

Ein Ansatz für das Covid-19-Krisenmanagement mit drei Schwerpunkten

Die Änderung des rechtlichen Rahmens, um ihn effizienter zu gestalten, die Ausarbeitung der Entwicklungsstrategie und der künftigen Investitionen. Mit diesem Ansatz können die günstigsten Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Freiburger Unternehmen geboten und so der Wohlstand und die Arbeitsplätze, welche die Bevölkerung braucht, geschaffen werden.



Auswirkungen von COVID-19 auf die Legislaturperiode

—

Die COVID-19-Pandemie wirkte sich auch auf unterschiedliche Weise auf die Staatsrechnung aus, vor allem aufgrund von Mehraufwand, einigem Minderaufwand und schliesslich aufgrund eines Rückgangs der Steuereinnahmen. Unter Berücksichtigung dieser Parameter bezifferte eine erste Schätzung vom Sommer 2020 die Auswirkungen der Pandemie auf die Rechnung des Staates Freiburg bis 2023 auf mehr als 500 Millionen Franken.



In der Rechnung 2020 beliefen sich der zusätzliche Nettoaufwand im Zusammenhang mit der Krise auf 77,1 Mio. Franken. Vom Plan zur Stützung der Wirtschaft, der mit 63,3 Millionen Franken dotiert ist, wurden im Jahr 2020 4,1 Millionen Franken gebraucht; der Restbetrag

COVID-19-Ausgaben, Rechnung 2020

Zusätzlicher Nettoaufwand im Zusammenhang mit der COVID-19-Gesundheitskrise	in Mio. Franken
Kantonale Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft	24,4
Hilfe für die Kulturschaffenden	2,6
Beihilfen für den Tourismussektor	1,9
Hilfen für gewerbliche Mietverträge	4,8
Unterstützung und Beratung junger Unternehmen (Coaching und Clusterbeiträge)	0,1
Hilfen für die Presse und die Medien	1,1
Hilfe für Personen, die erstmals von Prekarität betroffen und armutsgefährdet sind	0,6
Unterstützung der lokalen Wirtschaft	3,9
Unterstützung von Berufsberatung und -bildung	0,6
Ergänzungen KA/EO (Leiter/innen und Angestellte)	1,8
Härtefälle	0,1
Hilfen für Einrichtungen, deren Schliessung angeordnet wurde	2,8
Plan zur Stützung der Wirtschaft	4,1
Finanzhilfen für die öffentlichen Spitäler	31,0
Finanzhilfe für das HFR im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise	28,0
Finanzhilfe für das HIB im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise	3,0
Weiterer Aufwand im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise	21,7
Kantonales Führungsorgan und Task Force GSD	15,9
Prämie für das Pflegepersonal	1,4
Förderklassen	0,2
Zusätzliche Kosten in den Pflegeheimen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise	3,1
Weitere Kosten in direktem Zusammenhang mit der COVID-19-Krise	1,1
Total	77,1

von 59,2 Millionen Franken wird 2021 und 2022 eingesetzt. Die Auswirkungen von COVID-19 auf den Kantonssteuerertrag wurden auf eine Verminderung von 34 Millionen Franken im Jahr 2020 und fast 4,5 Millionen Franken im Jahr 2021 geschätzt.

Art der direkten Steuern

Art der direkten Steuern	Abweichung R/V in der Rechnung 2020 im Zusammenhang mit COVID-19, in Mio. Franken
NP Einkommen	-23,0
NP Vermögen	-3,0
JP Gewinn	-6,0
JP Kapital	-2,0
Mindereinnahmen insgesamt	-34,0

2021 hat der Staatsrat zusätzliche Massnahmen im Rahmen der COVID-19-Bekämpfung ergriffen, nämlich Hilfsmassnahmen für Härtefälle (Bruttobetrag von 118 Millionen Franken per 31. August 2021), Massnahmen zur Ergänzung des Plans zur Stützung der Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Kultur (Bruttobetrag von 5 Mio. Franken per 31. August 2021), Massnahmen zur Unterstützung der Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Bruttobetrag von 8,2 Mio. Franken per 31. August 2021), Hilfsmassnahmen für die tpf

in Form eines kurzfristigen Darlehens (Bruttobetrag von 17 Millionen Franken per 31. August 2021), Nachtragskredite für das kantonale Führungsorgan und die sanitäre Task Force (Bruttobetrag von 9 Millionen Franken per 31. August 2021) und Unterstützungsmassnahmen zugunsten von öffentlichen Veranstaltungen. Ausserdem wird erwartet, dass in verschiedenen Bereichen, insbesondere bei den Spitälern, noch weitere Unterstützungsmassnahmen erforderlich sein werden.

Zusätzliche Hilfsmassnahmen, die der Staatsrat zwischen dem 1. Januar und dem 31. August 2021 ergriffen hat

Bruttobeträge in Mio. Franken

Hilfsmassnahmen für Härtefälle	118
Massnahmen für den Wiederankurbelungsplan (Kultur und weitere)	5
Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	8,2
Darlehen für die tpf	17
Zusatzkredite für das KFO und die Task Force GSD	9

Eine pragmatische Finanzpolitik zur Bewältigung der Gesundheitskrise

«Dank der ausgezeichneten finanziellen Lage, die das Ergebnis einer pragmatischen und umsichtigen Strategie der letzten Jahre ist, können wir die Auswirkungen der Pandemie bewältigen und gleichzeitig die Leistungen des Staates langfristig sichern.»

Georges Godel, Staatsrat, FIND.



Drei Leuchtturmprojekte für die Zukunft des Kantons

Der Staatsrat hat im Regierungsprogramm 2017-2021 drei Leuchtturmprojekte definiert, um politische Massnahmen zu priorisieren, die für die Zukunft des Kantons wesentlich sind und einen mehrfachen Nutzen haben.

Die Umsetzung dieser Leuchtturmprojekte wird sicherlich über die laufende Legislaturperiode hinaus fortgesetzt werden müssen.

1. Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch



2. Freiburg gelingt der Zusammenschluss des Kantonszentrums



3. Freiburg macht seine digitale Revolution 4.0



Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch



1.



2.



3.



1.



2.



3.



Freiburg setzt sich als Wirtschafts- und Innovationszentrum durch

Der Staatsrat will aus Freiburg ein wahrhaftes Wirtschaftszentrum machen und die Rolle als Brückenkanton verstärken.

Vor diesem Hintergrund will er die Wettbewerbsfähigkeit anregen, die wirtschaftliche Entwicklung fördern und die Ansiedlung von Unternehmen im Kanton unterstützen.

Ziele

-
- > Schaffen von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung;
- > Stärken der Wertschöpfungsketten;
- > Zusammenarbeit verstärken.

«Wir haben ein wertvolles akademisches Umfeld, das die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen unterstützt»
Olivier Curty, Staatsrat, VWD

Agrico

Das AgriCo-Gelände bietet ein anregendes Umfeld für Industrie und KMU und stellt ihnen grosse Baugrundstücke sowie bereits eingerichtete und betriebsbereite Büros, Labors und Produktionsanlagen zur Verfügung. Eine landwirtschaftliche Fläche, die etwa 1 Million m² umfasst, steht für Experimente im grossen Massstab zur Verfügung.



« Die Innovationen von heute sind die Traditionen von morgen. »

Didier Castella, Staatsrat, ILFD

Realisierungen

—

Die Wettbewerbsfähigkeit fördern

Das 2018 revidierte Wirtschaftsförderungsgesetz (WFG) ermöglicht die Umsetzung mehrerer neuer Wirtschaftsförderungsinstrumente wie Anstellungsprämien, Innovationsförderung für Innosuisse-Projekte, Investitionsförderung oder Unterstützung bei der Anmeldung von Patenten oder der Erschliessung neuer Märkte. Der Staatsrat hat eine kantonale Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung genehmigt, die bis zum Jahr 2026 gültig ist, und mit welcher der Kanton seine Position in den zukunftssträchtigen Bereichen der Bioökonomie und der Industrie 4.0 stärken kann. Dieser Ansatz ermöglicht es, sowohl auf die bestehenden Stärken des Kantons in Bereichen wie Bau, Lebensmittel, Biowissenschaften (Teil der Bioökonomie) als auch auf die Automatisierung und die Robotisierung (Teil von Industrie 4.0) zu setzen. In voller Übereinstimmung mit der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die partizipative Erarbeitung einer kantonalen Lebensmittelstrategie lanciert, und es laufen Gespräche zur Schaffung von Vorzeigeprogrammen in Verbindung mit der Verwertung von Biomasse, der Landwirtschaft und der Industrie 4.0 sowie einem Food Living Lab.

Innovationspreis

—

Mit dem Innovationspreis, der von der Freiburger Wirtschaftsförderung und der Kantonalbank unter dem Patronat der Volkswirtschaftsdirektion organisiert wird, werden Unternehmen, die auf Innovation und damit auf die Zukunft setzen, ausgezeichnet. Die Innovationsfähigkeit dieser Unternehmen ist ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kantons.



Die Finalisten des Innovationspreises 2020 - 2021, mit Staatsrat Olivier Curty (l.), Präsident der Jury, und Jerry Krattiger (r.), Direktor der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg.

Zudem ist der Kanton in den Vorstand des Swiss Food & Nutrition Valley eingetreten und hat in Freiburg einen NTN Innobooster eingerichtet, der von Innosuisse finanziert wird und sich den Schweizer Ökosystemen der Zukunft im Lebensmittelbereich widmet.



blueFACTORY: ein Projekt zur Förderung von Innovation und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Am 13. Juni 2021 stimmten die Freiburgerinnen und Freiburger für die Kapitalerhöhung des Innovationsquartiers auf dem ehemaligen Cardinal-Gelände: *«Dieses Projekt wird der Entwicklung von Innovation, Ausbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen Auftrieb geben. Dies ist eine Chance für den Kanton, in der Schweiz ein Vorreiter bei der Entwicklung des nachhaltigen Wohnens von morgen zu bleiben. blueFACTORY wird dazu beitragen, die von der Krise stark beeinträchtigte Wirtschaft des Kantons wieder anzukurbeln»*, erklärt Olivier Curty, Staatsrat, VWD.



Scannen Sie den QR-Code oder klicken Sie auf [diesen Link](#), um das Video anzusehen.



Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen von Unternehmen fördern

Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung in den Jahren 2020 - 2021. Mit 54 Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekten, Investitionen in Höhe von 143 Millionen, 500 angekündigten neuen Arbeitsplätzen und 1600 erhaltenen Arbeitsplätzen ist 2020 ein Rekordjahr für die Wirtschaftsförderung. Es wurde viel getan, um die Wirtschaft während der Pandemie zu unterstützen, sei es durch Kurzarbeitsentschädigungen, COVID-19-Darlehen oder Härtefälle.

Ausserdem wurden die Wirtschaftsakteure mit einer Reihe von kantonalen Initiativen wie die

Solidaritätsmassnahme bei den Mieten,

Kariyon oder das MUSG (kantonale

Massnahme für Unternehmer) wirksam

unterstützt. Der Kanton Freiburg war der

erste Schweizer Kanton, der einen Plan

zur Stützung der Wirtschaft, namentlich

mit Massnahmen zur Förderung der

Digitalisierung, der Forschung und

Entwicklung, des Coachings von

Unternehmerinnen und Unternehmern,

des Baus und der Anstellung von

Auszubildenden, lanciert hat.

Die Innovationsstandorte und -quartiere

AgriCo und blueFACTORY setzten ihre

jeweiligen Entwicklungen fort. Da die

Etappen des KNP von Saint-Aubin und

das Referendum über die Kapitalerhöhung der BFF

abgeschlossen sind, können diese beiden Standorte

in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintreten.



Innosquare, eine kollaborative Business-to-Business-Technologieplattform. Ihre Aufgabe ist es, die Umsetzung von Forschungs- und Innovationsprojekten über Interaktionen zwischen Unternehmen, Clustern, öffentlichen oder privaten Körperschaften, Universitäten, Kompetenzzentren und Forschungsinstituten im Kanton Freiburg zu fördern.

Die Cluster in den Bereichen Kunststofftechnologie, Bau, Lebensmittel und Ernährung erfüllen ihre Aufgaben bei der Bündelung und beim Innovationswettbewerb weiter. Ein Kompetenzzentrum für Gebäudesanierung und Energieeffizienz (KGS) wird derzeit geprüft. Erwähnenswert ist die Leistung von Fri Up: Im Jahr 2020 unterstützte die Einrichtung mit Hilfe des Kantons Freiburg eine Rekordzahl von Unternehmensgründerinnen und -gründern und machte den Kanton zum zweitstärksten Kanton der Westschweiz, was die Gründung neuer Unternehmen betrifft.

Mit dem Freiburger Vorsitz der GGba (Greater Geneva Bern area) in den Jahren 2020-2021 konnte der Grundsatz der interkantonalen Solidarität mit einem Mechanismus gefestigt werden, der es jedem Mitgliedskanton ermöglicht, eine bestimmte Anzahl von Ansiedlungen auf seinem Gebiet zu gewährleisten.

« Die Verschmelzung von Online- und Offline-Welten bietet neue didaktische und pädagogische Perspektiven für unsere jungen Talente. »

Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, EKSD



Fri Up ist das offizielle Organ zur Unterstützung von Unternehmensgründungen im Kanton Freiburg. Seine Aufgabe lautet: Eingangstor für jede neue Unternehmerin und jeden neuen Unternehmer, die oder der ein Start-up gründen möchte, zu sein.

Ein Hindernis ist, dass der Kanton noch keine spezifische USP (Unique Selling Proposition) hat. Die Strukturen Innosquare und Fri Up sowie die Cluster werden über die Neue Regionalpolitik finanziert, d. h. zum Teil aus Bundesmitteln, deren Beiträge nicht langfristig garantiert sind. Diese Strukturen spielen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Innovation und der Dynamisierung wichtiger Wirtschaftszweige für den Kanton.





Die Aufgabe der HW besteht darin, kompetente internationale Führungskräfte und Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen, vorzubereiten und zu fördern.

Die Steuerreform wurde von der Bevölkerung mit grosser Mehrheit angenommen; hingegen zeigt sie eine tatsächliche Schwäche bei der Abschreibung der Innovationskosten, wegen der Obergrenze, die in der Patent Box festgelegt wurde.

Trotz einer jungen Bevölkerung und einer hohen Dichte an Hochschulen ist der Zugang zu bestimmten Talenten im Bereich der Bioökonomie oder der Industrie 4.0 nach wie vor schwierig. Wir denken dabei insbesondere an bestimmte Studiengänge, die entwickelt werden sollen, um dem erklärten Bedarf der Bioökonomie-Industrie gerecht zu werden (Lehrlingsausbildung in der Biotechnologie oder Universitätsstudiengang in Lebensmitteltechnik).

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die derzeitige wirtschaftliche Dynamik des Kantons ist positiv, aber es ist nötig, auf diesem Weg fortzufahren und auf der Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf die Bioökonomie und Industrie 4.0 ausgerichtet ist, aufzubauen (siehe Abbildung unten). Das gilt auch für die Lebensmittelstrategie, die derzeit ausgearbeitet wird und in der es heisst, dass es wichtig ist, weitehrin:

- eine Kultur der Innovation und des Unternehmertums zu verankern und zu fördern;
- die Schlüsselstrukturen für Innovation und Unternehmertum auf Dauer anzulegen;
- die Revision der Unternehmensbesteuerung in Verbindung mit der Patent Box zu gewährleisten.



« Unser Wunsch ist es, eine freie, auf Gleichheit ausgerichtete und solidarische Gesellschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln; diese braucht eine florierende Wirtschaft, um jeder und jedem die Möglichkeit zu geben, sich zu entfalten. »

2 Freiburg verstärkt sein Kantonszentrum



1.



2.



3.



1.



2.



3.



Freiburg verstärkt sein Kantonszentrum

Der Staatsrat will das Kantonszentrum stärken, um zur Entwicklung des ganzen Kantons beizutragen. Der wichtigste Schlüssel zu dieser Stärkung ist der Zusammenschluss von Grossfreiburg, der dem kantonalen Zentrum eine Verwaltungsform verleihen soll, die in der Lage ist, ehrgeizige Projekte mit Auswirkungen auf den gesamten Kanton durchzuführen. Darüber hinaus soll die Verwirklichung von Infrastrukturen, insbesondere in den Bereichen Mobilität, Bildung, Gesundheit und Sport, im Kantonszentrum als Motor für die Entwicklung des gesamten Kantons wirken.

«Mit dem Zusammenschluss kann das Kantonszentrum weiterentwickelt werden, damit es seine Rolle als Impulsgeber für den ganzen Kanton wahrnehmen kann.»
Didier Castella, Staatsrat, ILFD



Ziele

-
- › Unterstützung der Arbeit der konstituierenden Versammlung von Grossfreiburg und Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung der Stärkung des Kantonszentrums;
- › verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Kantonszentrums;
- › Unterstützung der Realisierung von anspruchsvollen Infrastrukturen im Kantonszentrum.

Realisierungen

–

Ein Fusionskonzept

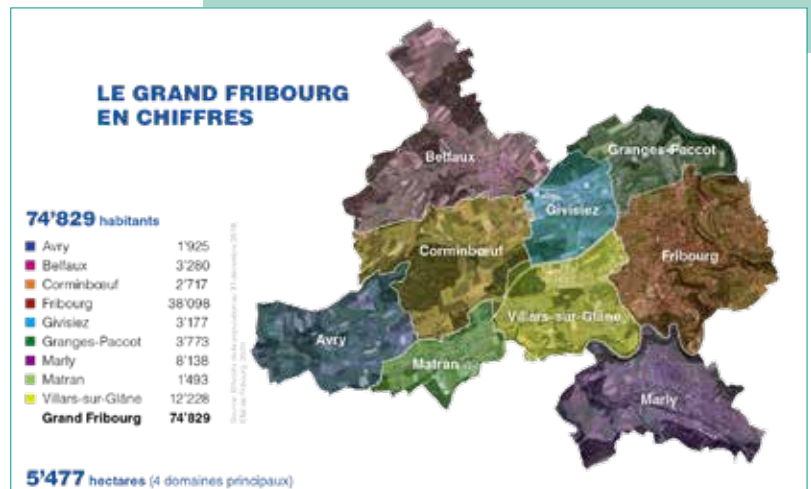
Die konstituierende Versammlung von Grossfreiburg hat ihre Arbeit unter dem Vorsitz des Oberamtmanns des Saanebezirks 2018 aufgenommen. Gemäss dem Gesetz über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse übernimmt der Staat 50 % des Budgets der Versammlung (bis zu 200 000 Franken pro Jahr). Die Arbeiten der Versammlung wurden im April 2019 in die Vernehmlassung gegeben, und das Fusionskonzept wurde im Januar 2020 verabschiedet. Für den September 2021 wird von der konstituierenden Versammlung eine Konsultativabstimmung organisiert. Der Staatsrat hat diese Arbeiten aufmerksam verfolgt. Insbesondere schlug er dem Grossen Rat Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung über die Gemeindezusammenschlüsse vor, vor allem für sehr umfangreiche Fusionen.

Er unterstützte auch grundsätzlich eine zusätzliche Finanzhilfe für die Fusion von Grossfreiburg, die vom Grossen Rat im Februar 2020 im Grundsatz angenommen wurde. Der Staatsrat hat sich schliesslich über seine Delegation für die territorialen Strukturen und Agglomeration wiederholt öffentlich verpflichtet, die Bevölkerung und die Gemeindebehörden für die Bedeutung dieses Projekts zu sensibilisieren.

Es ging darum, die institutionelle Form der Agglomerationen, deren einzige Vertreterin die Agglomeration Freiburg ist, zu stärken und vor allem neue Mittel zur Unterstützung der Ausarbeitung und Umsetzung von Agglomerationsprojekten einzuführen. Die parlamentarische Kommission, die mit diesem Gegenstand beauftragt wurde, beantragte jedoch die besondere institutionelle Form der Agglomerationen zugunsten eines «normalen» Gemeindeverbands abzuschaffen. Andererseits unterstützte sie die neue kantonale Förderung von Agglomerationsprogrammen. Der Antrag der parlamentarischen Kommission wurde vom Grossen Rat im August 2020 angenommen. Parallel zur Ausarbeitung des Ausführungsreglements, in dem die Kriterien für die Gewährung von kantonalen Hilfen für die Ausarbeitung und Umsetzung von Agglomerationsprogrammen festgelegt werden, traf sich die für die Agglomeration zuständige Delegation des Staatsrates mit den 29 Gemeinden im Saane-, im Sense- und im Seebezirk, die im Perimeter der Agglomeration Freiburg liegen, und den zehn Gemeinden im Greyerzbezirk, die von der Agglomeration Bulle betroffen sind.

Grossfreiburg: Konstituierende Versammlung

Die Fusion von Grossfreiburg ist ein gesellschaftliches Projekt, das von einer konstituierenden Versammlung getragen wird. Mit dem Projekt sollen neun Gemeinden zu einer einzigen vereint werden, um die Herausforderungen der Stadt von morgen zu bewältigen und die Lebensqualität auf Gemeindeebene zu verbessern. Ein Konzept für den Zusammenschluss der neun Gemeinden des provisorischen Perimeters: Avry, Belfaux, Corminboeuf, Givisiez, Granges-Paccot, Freiburg, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne.



NB: Die Konsultativabstimmung über den Zusammenschluss fand am 26. September 2021 statt, d. h. nach Abschluss dieser Legislaturbilanz.

Eine Vernehmlassung bei den betroffenen Agglomerationen, Gemeinden und Oberämtern im Herbst 2021 soll es dem Staatsrat erlauben, 2022 die künftigen Perimeter der Freiburger Agglomerationen festzulegen.





Die Vorteile einer Fusion: Verbesserung der Mobilität mit einer Investition von 320 Millionen Franken und ein attraktiver Steuersatz zur Finanzierung der Dienstleistungen.

Was die Schaffung zukunftsorientierter Infrastrukturen betrifft, so bietet das Projekt zur Überdeckung der Autobahn N12 zwischen Chamblieux und Bertigny eine aussergewöhnliche Gelegenheit, ein nachhaltiges Urbanisierungsmodell auf einer Fläche von mehr als 60 Hektaren im Herzen des Kantonszentrums zu entwickeln. In dieser Legislaturperiode haben die Partner (Gemeinden, HFR, tpf, Bürgergemeinde der Stadt Freiburg, ASTRA) nach der Verabschiedung eines Dekrets durch den Grossen Rat und der Unterzeichnung einer Finanzierungsvereinbarung im Rahmen von Studienaufträgen breite Überlegungen angestellt, die von einem partizipativen Ansatz begleitet wurden. Das Expertenkollegium hat seinen Synthesebericht im Jahr 2020 vorgelegt. Daraus geht klar hervor, dass die Notwendigkeit einer Überdeckung bestätigt wird und dass die Fragen der Entwicklung, der Koordination zwischen den verschiedenen Planungsebenen sowie der Governance und der Partizipation weiter entwickelt und nach Sektoren geklärt werden müssen. Das Tiefbauamt (TBA) wurde mit der Durchführung der Vorstudien beauftragt, und die sektoralen Studien werden fortgesetzt, um die verschiedenen im Synthesebericht aufgeworfenen Fragen, die es zu beantworten gilt, zu klären.

« Steuerung der Raumplanung, Ausbau des Angebots des öffentlichen Verkehrs und Stärkung der wirtschaftlichen Attraktivität des Kantonszentrums. »

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die Festlegung des endgültigen Perimeters der Fusion von Grossfreiburg, insbesondere auf der Grundlage der Ergebnisse der Konsultativabstimmung im September 2021, wird von entscheidender Bedeutung sein. Der Staatsrat muss sich vergewissern, dass die neue Gemeinde eine ausreichende Grösse und ein zusammenhängendes Gebiet umfasst, damit sie Projekte durchführen kann, die für die Entwicklung des gesamten Kantons entscheidend sind. Der Staat muss auch weiterhin die Zusammenarbeit der Gemeinden im Kantonszentrum unterstützen, insbesondere in der Phase des Aufbaus des Nachfolgeverbands der heutigen Agglomeration Freiburg, damit die wichtigen Errungenschaften der Agglomeration erhalten und ausgebaut werden können.



Ein Projekt aller Generationen, mit zweisprachigen Klassen mit der Zeit.

3 Freiburg macht seine digitale Revolution 4.0



1.



2.



3.



1.



2.



3.



Freiburg macht seine digitale Revolution 4.0

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons zu stärken, setzt der Staatsrat auf die Digitalisierung und entwickelt die Verwaltung 4.0.

Ziele

- Es geht darum, die Schritte bei der Verwaltung zu vereinfachen, eine grössere Verfügbarkeit und Zugänglichkeit zu bieten und die Effizienz aller Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern. Dazu hat der Staatsrat seine strategischen Ausrichtungen festgelegt und den Richtplan der Digitalisierung der Informatiksysteme ausgearbeitet, der in vier Ziele unterteilt ist:
- > Die Verwaltung 4.0 macht das Leben leichter.
 - > Die Verwaltung 4.0 bietet 100 % digitale Leistungen an.
 - > Die Verwaltung 4.0 ist direktionsübergreifend und sicher.
 - > Die Verwaltung 4.0 stellt den Menschen ins Zentrum der Überlegung zur Technologie.

Die Direktionen tragen zur Entwicklung von Projekten in diesen vier Schwerpunkten bei.

«Die Verwaltung 4.0 war eine der wichtigsten Prioritäten in dieser Legislaturperiode. Die Aufstockung der Mittel und die Ausarbeitung des Richtplans bilden eine solide Grundlage für die nächste Legislaturperiode. Der E-Government-Schalter soll mit der Zeit zur zentralen Anlaufstelle für die Online-Kontakte mit dem Staat werden.»
Georges Godel, Staatsrat, FIND



Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin, und Georges Godel, Finanzdirektor, arbeiten gemeinsam an der direktionsübergreifenden Leitung des Projekts Freiburg 4.0.

Scannen Sie den QR-Code oder klicken Sie auf [diesen Link](#), um das Video anzusehen.



Realisierungen

Um die digitale Transformation umzusetzen, hat der Staatsrat den Anteil der Ausgaben, der für die Informatik bestimmt ist, deutlich erhöht und für die gesamte Legislaturperiode insgesamt fast 250 Millionen Franken bereitgestellt, gegenüber knapp 140 Millionen Franken in der vorangegangenen Legislaturperiode. Um die directionsübergreifende Leitung der Digitalisierung zu stärken, wurde zu Beginn der Legislaturperiode ein entsprechendes Büro eingerichtet.

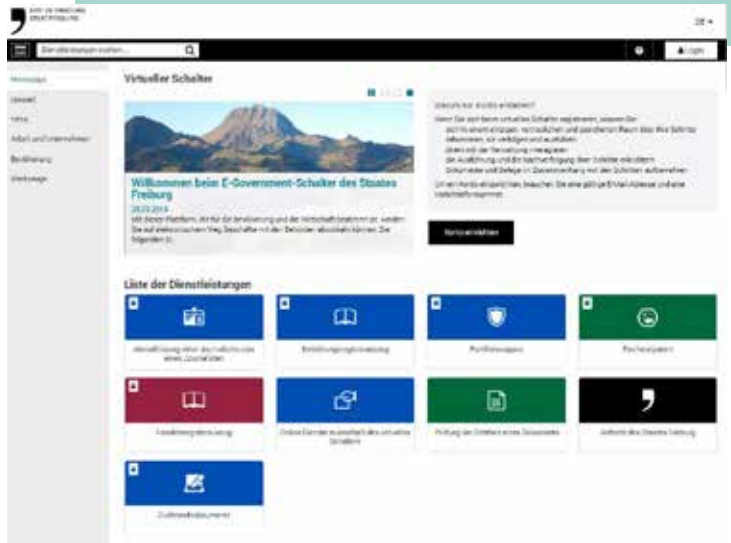
2021 wurde es durch die Delegation des Staatsrats für die Digitalisierung und die Informationssysteme (DIS) ersetzt, um den Staatsrat stärker in die IT-Governance einzubinden. Das neue Organ wird von der Informatikkommission als beratende Kommission unterstützt.

Was die Gesetzgebung anbelangt, verabschiedete der Staatsrat die Verordnung über das kantonale Bezugssystem von Daten von Personen, von Organisationen und von Verzeichnissen mit dem Ziel, die allgemeinen Daten zu Personen und Unternehmen für die Nutzung durch alle staatlichen Stellen und das E-Government zu standardisieren.

Er liess vom Grossen Rat das Gesetz zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an bestimmte Aspekte der Digitalisierung mit Anpassungen des E-Government-Gesetzes und des Gesetzes über den Datenschutz verabschieden; damit wird die Möglichkeit geschaffen, die elektronische Datenverarbeitung und die Verwaltung der IT-Tools auszulagern.

Das Ziel von E-Government ist die Modernisierung der Verwaltung, z. B. durch die Einrichtung eines virtuellen Schalters

Der virtuelle Schalter funktioniert auf dem Smartphone, dem Tablet und auf dem PC Er ermöglicht, auf eine Plattform zuzugreifen, die elektronische Erfassung der Gesuche zu vereinheitlichen, die Person zu identifizieren, die mit dem Staat in Kontakt steht, eine zentrale Plattform für elektronisches Zahlen zu benützen und vor allem die elektronische Verbindung zu den Dienststellen des Staates zu vereinfachen.



Scannen Sie den QR-Code oder klicken Sie auf [diesen Link](#), um auf den elektronischen Schalter des Staates Freiburg zuzugreifen.



«*Alles zu tun, um die digitale Transformation unseres Kantons sicherzustellen und zu beschleunigen, ist eine grundlegende Priorität des Staatsrats.*»



Die Verwaltung 4.0 steht im Dienst des Allgemeinwohls. Sie bringt den Bürgerinnen und Bürgern Effizienz und vereinfacht ihr Leben.

Der Staatsrat verabschiedete auch die neue Verordnung, in der die Governance der Digitalisierung und der Informationssysteme des Staates festgelegt wird, insbesondere die Rollen und die Verantwortung des Amtes für Informatik und Telekommunikation (ITA) und der Nutzerinnen und Nutzer der Informatikdienste.

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie hat der Staat in Rekordzeit Lösungen eingeführt, die der gesamten Verwaltung Telearbeit ermöglichen, wovon mehr als 80 % der Beschäftigten Gebrauch machten. Auch die Schulen konnten Fernunterricht anbieten. Die neue einheitliche Kommunikationsplattform hat es dem Staatsrat ermöglicht, seine zahlreichen Krisenmanagement-Sitzungen per Videokonferenz abzuhalten und gleichzeitig die Fortführung der laufenden Geschäfte zu gewährleisten.

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die durch die Pandemie ausgelöste Notlage hat zwar die Einführung neuer Instrumente begünstigt, aber die Unterstützung der digitalen Transformation und der Telearbeit muss verstärkt werden, um die neue digitale Kultur langfristig im Staat zu verankern. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die Umgestaltung der Berufe und die organisatorischen Veränderungen Unterstützung brauchen. Was die Frage der Informations-sicherheit in ihrem gesamten Umfeld betrifft, so wird eine angemessene Organisation geschaffen.

*«Die Gesundheitskrise hat die Digitalisierung des Bildungssektors beschleunigt. Heute können wir das, was wir auf technischer, materieller und pädagogischer Ebene auf die Beine gestellt haben, für die Zukunft erhalten.»
Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, EKSD*



Die Zielsetzungen des Regierungsprogramms 2017-2021

Um die Leuchtturmprojekte konkret umzusetzen und die zahlreichen Tätigkeiten, die für das Wohlergehen der Bevölkerung und die Entwicklung des Kantons nötig sind, fortzusetzen, hat der Staatsrat seine Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode auf drei Zielsetzungen aufgebaut. Diese Zielsetzungen, die sich jeweils in 6 Vorhabensbereiche gliedern, lauten wie folgt:

1. Die Beschäftigung fördern



3. Die Lebensqualität verbessern



2. Den Kanton modernisieren



1 Die Beschäftigung fördern



Die Beschäftigung fördern

Freiburg befindet sich an einem Wendepunkt seiner Entwicklung. Während seine Bevölkerung, aber auch die Wirtschaft, wächst, der Kanton über ein gesundes finanzielles Gleichgewicht verfügt, muss er sich in der Schweizer Landschaft noch positionieren und auf seine Trümpfe setzen. Der Kanton Freiburg hat die jüngste Bevölkerung der Schweiz und eine diversifizierte Wirtschaft.

Ziele

Eine grosse Anzahl Freiburgerinnen und Freiburger arbeitet ausserhalb des Kantons (43 000), weshalb die Schaffung neuer, interessanter und attraktiver Arbeitsplätze eine Priorität ist. Das kann wie folgt erreicht werden:

- Dynamisierung der Wirtschaft durch Unterstützung von Beschäftigung und Innovation;
- Entwicklung der interkantonalen Zusammenarbeit;
- gezielter Einsatz von Wirtschaftsförderungsinstrumenten.

«**Innovationen werden die Energiewende, die Kreislaufwirtschaft sowie eine nachhaltige und gesunde Ernährung begleiten.**»

Jean-François Steiert, Staatsrat, RUBD

Realisierungen

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stimulieren

Mit der Revision des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung (WFG) hat der Kanton ein starkes Instrument zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation erhalten.

Die Annahme des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) durch das Volk erlaubt es dem Kanton, einen Steuersatz von 13,72 % anzuwenden, womit der Kanton Freiburg im guten nationalen Durchschnitt liegt. Die Entwicklung von Innovationsstandorten und -quartieren in privater und öffentlicher Hand wurde fortgesetzt, wobei umfangreiche Investitionen für die blueFACTORY, das Marly Innovation Center, Le Vivier und den AgriCo-Campus beschlossen wurden. Vier geförderte Projekte auf blueFACTORY, nämlich Innosquare, BCC, Smart Living Lab (SLL)

Steuerreform und AHV-Finanzierung

Die STAF sieht die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für schweizerische und ausländische Unternehmen vor, die dadurch steuerlich entlastet werden. Im Gegenzug erhält die AHV eine substanzielle jährliche soziale Kompensation von zwei Milliarden Franken.



und SICHH machten ihre eigenen Entwicklungen durch. Die ersten drei behalten ihre ursprünglichen Aktivitäten bei, während sich das SICHH auf den Bereich der In-vitro-Diagnostik und Speicheltests spezialisiert hat. Dieses Kompetenzzentrum wurde von einem italienischen Investor übernommen. Die COVID-Massnahmen, die im Rahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft zur Unterstützung von Digitalisierungsprojekten, zur Aufrechterhaltung der F&E-Kapazitäten, zur Zusammenarbeit mit Hochschulen und zum Coaching bereitgestellt wurden, haben es ermöglicht, Investitionsprojekte, die auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind, aufrechtzuerhalten oder freizugeben.

Um den Technologietransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft zu fördern und zu stimulieren, wurde ihm im Rahmen des Fribourg Network Freiburg eine besondere Bedeutung beigemessen.

Marly Innovation Center (MIC)

Das Marly Innovation Center (MIC) ist einer der grössten Technocampus der Schweiz. Es bietet ein echtes Ökosystem, vom Flexoffice über 7000 m² Labore bis zur «grünen Wiese».



Das MIC beherbergt bereits mehr als 150 Unternehmen (600 Arbeitsplätze).

«*Die Entwicklung des Agrico-Campus in St-Aubin profitiert von bedeutenden Investitionen, die unsere Lebensmittelindustrie unterstützen und unseren Kanton zum Marktführer in diesem Bereich machen werden.*»

Didier Castella, Staatsrat, ILFD

Ausserdem dient der Innovationspreis nicht nur dazu, den Wettbewerb im Innovationsbereich zu fördern, sondern auch dazu, die Unternehmen und die breite Öffentlichkeit durch die angebotene Plattform zu simulieren. Der neue Vermerk «Nachhaltige Wirtschaft» wird ab 2022 in einen Preis für nachhaltige Wirtschaft umgewandelt.

Scannen Sie den QR-Code oder klicken Sie auf diesen [Link](#), um das Video anzusehen.



Wirtschaftliche Entwicklung und neue Ansiedlungen fördern

Mit der Revision des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung (WFG) hat der Kanton ein starkes Instrument zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation erhalten.

Um einen klaren und wirksamen Handlungsrahmen zu schaffen, wurde eine Strategie der Wirtschaftsförderung erarbeitet, die auf den bestehenden Stärken des Kantons aufbaut, aber auch die Entwicklung eines Wettbewerbsvorteils ermöglicht. Mit seiner Ausrichtung auf die Bioökonomie und die Industrie 4.0 verfügt der Kanton über eine solide und angemessene Strategie.

Mit dem revidierten WFG werden die Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Expansion bestehender Unternehmen gefördert und Unternehmen in den verschiedenen Phasen ihres Lebenszyklus unterstützt.

Aufgrund des revidierten Gesetzes resultiert somit ein Rekordjahr 2020 mit 54 unterstützten Projekten, darunter 15 Ansiedlungen ausländischer Unternehmen. Die verfügbaren Unterstützungseinrichtungen wie Seed Capital, kantonale Bürgschaft, Bürgschaft Westschweiz, Fri Up und Platinn.

Das im Oktober 2019 verabschiedete Gesetz über die aktive Bodenpolitik (ABPG) ermöglicht den Erwerb, die Bereitstellung und die Erschliessung von Land, um den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons gerecht zu werden. Damit verfügt der Kanton über ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung von Industrie- und Wirtschaftsflächen.

Mit den 3 spezialisierten thematischen Clustern, die von der neuen Regionalpolitik unterstützt werden, ist der Kanton Freiburg in folgenden Bereichen

«*Der Staatsrat hat sich zum Ziel gesetzt, einen wirksameren gesetzlichen Rahmen mit neuen Instrumenten für eine dynamische und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.*»

Das Gesetz über die aktive Bodenpolitik (ABPG)

Der Kanton Freiburg leidet derzeit unter einem Mangel an gut gelegenen Grundstücken, die rechtzeitig zur Verfügung stehen, um den Bedarf der Unternehmen zu decken. Um Abhilfe zu schaffen, beantragt der Staatsrat eine Politik, die es dem Staat ermöglicht, punktuell auf dem Bodenmarkt zu intervenieren, um zur Umsetzung von Projekten von kantonaler Bedeutung beizutragen.



Luftaufnahme von St-Aubin.

aktiv: dem Nahrungsmittelsektor, dem Bauwesen und der Kunststoffverarbeitung.

Im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit beteiligt sich der Kanton Freiburg aktiv an verschiedenen Projekten der Hauptstadtregion Schweiz und



der COREB. Zudem hat der Kanton Freiburg für die Jahre 2020 und 2021 den Vorsitz der GGBa, der Organisation zur exogenen Förderung der Westschweiz, übernommen.

Qualitativ hochstehende Ausbildung und Zweisprachigkeit fördern

Mit dem Schulgesetz, dem Gesetz über die Sonderpädagogik und dem Gesetz über den Mittelschulunterricht verfügt die Regierung über einen Rahmen für eine qualitativ hochwertige Bildung und ein besseres Schulklima. Die Exzellenz des Bildungswesens wird durch die Umsetzung, Koordination und Flexibilität des Lehrplans 21, des Plan d'études romand (PER) und der Rahmenlehrpläne für die Sekundarstufe II gefestigt.

Smart Living Lab gewinnt ersten Platz beim Swiss Living Challenge

2017 nimmt das Smart Living Lab am internationalen Wettbewerb für nachhaltiges Wohnen Solar Decathlon 2017 in den Vereinigten Staaten teil. Die EPFL, die HTA-FR und die UNIFR haben ihre Kompetenzen mit denjenigen der HEAD zu einem multidisziplinären Team vereint. 4 Schulen, 250 Studierende, 150 Betreuerinnen und Betreuer aus dem beruflichen und akademischen Bereich und fast 50 Sponsoren haben sich der Swiss Living Challenge gestellt und mit ihrem NeighborHub-Solarhaus den prestigeträchtigen ersten Platz belegt.



Die digitale Bildungsstrategie stützt sich zunächst auf das MITIC-Konzept (Medien, Informations- und Telekommunikationstechnologie) von 2017 und dann auf die Entwicklungen der Lehrpläne und Lehrmittel. Nun muss ein weiterer Schritt unternommen werden; ein Konzept der digitalen Bildung ist in Vorbereitung.

Mehrere Programme unterstützen aktiv den Übergang Jugendlicher ins Berufsleben oder anschließende Weiterbildungen. Die Berufsmaturität und die höhere Berufsbildung wurden gefördert.

Wie der internationale Erfolg des Swiss Living Challenge zeigt, haben sich die Kooperationen der Freiburger Hochschulen entwickelt und ihre nationale und internationale Positionierung wurde gestärkt.

Die Zahl der zweisprachigen Studiengänge wurde erhöht, das Studienangebot in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung konsolidiert und die Möglichkeit genutzt, die Ausbildungen für das Lehramt unter einem Dach zusammenzufassen.

Die Zweisprachigkeit an den Schulen des Kantons wurde durch die Intensivierung des Immersionsunterrichts gefördert. In der allgemeinbildenden und berufsbildenden Sekundarstufe II wurde der zweisprachige Unterricht in grossem Mass auf die angebotenen Bildungsgänge ausgedehnt. Die Sprachaus-tausche, die jetzt für die Klassen 10H obligatorisch sind, werden durch die Plattform match&move und für die berufliche Grundbildung durch das Programm #FriReadyGo erleichtert.

Führend im Nahrungsmittelsektor werden

Im Januar 2021 genehmigte der Staatsrat die Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung des Nahrungsmittelsektors mit dem Ziel, den Kanton Freiburg zum Leader in diesem Bereich zu machen. Diese Strategie stützt sich auf ein Freiburger Ökosystem, das in diesem Bereich bereits sehr reichhaltig ist und sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Wertschöpfung weit über dem Schweizer Durchschnitt liegt.

Sie stützt sich auf eine besonders positive Ausgangslage mit den Investitionen in den AgriCo-Campus in St-Aubin, die Zentralisierung der Aktivitäten von Agroscope in Posieux und die Entwicklung des Campus Grangeneuve-Posieux.

Mit der Strategie können die verschiedenen bestehenden Initiativen koordiniert werden, um Synergien zu schaffen und Ressourcen zu bündeln. Die Umsetzung dieser Strategie, die dem Food & Nutrition Cluster übertragen wurde, wird auf der Grundlage eines Leistungsauftrags erfolgen.

Verschiedene Initiativen und Instrumente sind Teil der Strategie, darunter die Schaffung von drei neuen thematischen Vorzeigeprogrammen: «Lebensmittelindustrie 4.0», mit dem der Einsatz von Digitalisierung und Automatisierung gefördert werden soll, «Verwertung der Biomasse», mit dem die Vermarktung von Biomasse verbessert werden soll durch die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und die Entwicklung von Gesichtspunkten im Zusammenhang mit der Ernährung und der Gesundheit und dem «FOOD Living Lab», das sich auf das Verhalten der Konsumentinnen und Konsumenten, namentlich im Ernährungsbereich, konzentriert.

«Die Position Freiburgs festigen und seine Attraktivität in der vielversprechenden Lebensmittelindustrie steigern.»

Das Vorzeigeprogramm Landwirtschaft und Industrie 4.0

Mit diesem Programm können der Übergang der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie zur Digitalisierung und Automatisierung (Robotik, Mechanik, Big Data) beschleunigt, die Produktivität und die Wertschöpfung gesteigert und die Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen verringert werden.

«Die Landwirtschaft 4.0 muss den Landwirten neue Instrumente an die Hand geben, die ihnen helfen, strategische Entscheidungen zu treffen und gleichzeitig ihre Arbeitsbelastung zu verringern.»

Didier Castella, Staatsrat, ILFD



**cluster food
& nutrition**



Den Tourismussektor dynamisieren

In den vergangenen vier Jahren wurden zahlreiche strategische Projekte im Rahmen der Vision 2030 verwirklicht:

- die Digitalisierung zur Erleichterung des Kundenerlebnisses und der Arbeit der Tourismuspartner;
- die Anpassung der Statuten des FTV und Reorganisation seiner Organe mit der Verringerung der Anzahl der Vorstandsmitglieder und der Schaffung spezifischer Kommissionen und Arbeitsgruppen;
- die Veröffentlichung des Weissbuchs des Freiburger Tourismus und die Totalrevision des Gesetzes über den Tourismus (TG) und des Reglements über den Tourismus (TR). Ziel des neuen Gesetzes, das agil und modern sein soll, ist es, die Effizienz der Tourismusstrukturen im Dienst der Gäste und Leistungserbringer zu verbessern.

FIT'NG3 2021, das Wagnis für die Zukunft des Freiburger Tourismus

Angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels muss der Freiburger Tourismus bei der Organisation, der Entwicklung des Angebots und der Infrastruktur agil sein. Er hat viele Vorteile, unter anderem seine geringe Grösse, die es ihm ermöglicht, mit innovativen Projekten in seiner Grössenordnung zu experimentieren. FIT'NG 2021 ist ein proaktives ehrgeiziges Modell, bei dem der Gast im Mittelpunkt der Überlegungen steht und die Digitalisierung ein wichtiger Träger des Wandels ist.

3FIT'NG: Fribourg Innovation Tourism for Next Generations.



« Der Freiburger Tourismus setzt seinen Wandel unter dem Namen FIT'NG 2021 - Fribourg Innovation Tourism for Next Generations fort. »

Mit Airbnb wurde nach zweijährigen Verhandlungen eine Vereinbarung abgeschlossen, dank der die Aufenthaltstaxe von der Buchungsplattform automatisch erhoben wird.

Aufgrund der Pandemie und ihrer Auswirkungen kam es in der Welt des Tourismus 18 Monate lang zu erheblichen Störungen, was die Unterstützung für mittellose Leistungserbringer und die Schaffung des Wiederankurbelungsplans zur Stützung der Wirtschaft erforderlich machte.

Dank Widerstandsfähigkeit und Optimismus konnten wir insbesondere die Unterstützung der Anbieter von Beherbergungsbetrieben, Veranstaltungen und die Schaffung eines offiziellen kantonalen Mountainbike-Netzwerks (Mountain-Bike-Pisten) sicherstellen.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Im Jahr 2020 verabschiedete der Staatsrat die strategischen Leitlinien und den Aktionsplan der neuen Personalpolitik (Pol HR) mit dem Ziel, sich an die Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen und als moderner und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber attraktive Bedingungen zu bieten. So führt der Staat ein neues Instrument der Führung mit Zielen, der Entwicklung und der Evaluation (ZEE) ein, um die Prozesse der Weiterbildung zu stärken.

Das dient der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn.

Die Flexibilisierung von Zeit, Ort und Art der Arbeit ist eine der Massnahmen zur Förderung neuer Arbeitsformen, die eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Berufstätigkeit ermöglichen.

Im Zuge der Pandemie wurden diese Massnahmen rasch entwickelt und die positiven Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Telearbeit, fortgesetzt.

Um die neue Pol HR umsetzen zu können, musste das StPG überarbeitet werden. Das vom Grossen Rat im Juni 2021 verabschiedete Gesetz führt mehrere Neuerungen ein, darunter die Verkürzung der Probezeit, den Vaterschaftsurlaub, der von 5 auf 15 Tage verlängert wird, den Urlaub für pflegende Angehörige, den Urlaub für schwerkranke Kinder und die Gewährung einer Zulage für besondere Leistungen.

Bei der Entlassung wurde das Verfahren vereinfacht, wobei die Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss den Grundsätzen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) gewahrt bleiben.

«*Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben fördern, um die Effizienz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und so einen hochwertigen Service Publique gewährleisten zu können.*»

Eine Personalpolitik für engagierte und motivierte Arbeitskräfte

Mit seiner neuen Personalpolitik fördert der Staat Freiburg die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Privatleben, berücksichtigt bei der Rekrutierung die Vielfalt des Personals und bietet seinen Angestellten ein attraktives Arbeitsumfeld und attraktive Arbeitsbedingungen.



Im Bereich der digitalen Leistungen für die Personalverwaltung wurde eine neue Software für die Personalrekrutierung, SAP Successfactors, eingeführt. Die Entmaterialisierung der Personalakten wurde eingeleitet. Das Staatspersonal kann seine Gehaltsabrechnungen und Lohnausweise jetzt über das Portal egov abrufen.

Das Regierungsprogramm umfasst auch Massnahmen im Zusammenhang mit dem PGKV, der Integration Jugendlicher und der Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden. Der Staat möchte mit der Umsetzung des Plans für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein Vorbild für Arbeitsbedingungen und Gleichstellung sein.

Schlussfolgerung

—

Der Kanton Freiburg verfügt nun über die Strategie und die Instrumente, um seine künftige wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen. Mit der Ausarbeitung und Verabschiedung moderner Gesetzesbestimmungen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft und des Unterrichts, hat er sich einen Rahmen gegeben, der die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie den Übergang von der Schule ins Berufsleben fördert und dynamischer gestaltet. In dieser Legislaturperiode hat sich der Kanton Freiburg auch die Mittel gegeben, um ehrgeizige Projekte zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Position in bestimmten Sektoren wie dem Tourismus und der Lebensmittelindustrie zu lancieren. Durch die Digitalisierung und die Überarbeitung seines Personalrechts konnte er auch die eigene Struktur weiterentwickeln. Der Kanton Freiburg ist also bereit, sich den Unwägbarkeiten einer Zukunft nach der Pandemie zu stellen, in der er sich durch attraktive Dienstleistungen, Arbeitsplätze und Lebensbedingungen auszeichnen kann.

2 Den Kanton modernisieren



Den Kanton modernisieren

Der Staatsrat hat dafür gesorgt, dass der Kanton in verschiedenen Politikbereichen auf dem neuesten Stand bleibt. Insbesondere das neue Mobilitätsgesetz ist von der Absicht geprägt, veraltete gesetzliche Grundlagen in diesem Bereich durch neue, moderne und zukunftsfähige zu ersetzen.

Ziele

Das Ziel des Staatsrats für dieses Vorhaben ist klar: ein moderner Staat mit vorbildlicher Arbeitsweise und gezielten Projekten. Das Ergebnis dieser Politik ist auch die kohärente Ausrichtung des staatlichen Handelns auf drei Ziele:

- eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie;
- die Ausarbeitung eines kantonalen Klimaplanes;
- die Schaffung moderner gesetzlicher Grundlagen für Raumplanung, öffentliches Beschaffungswesen, Energie, Bauwesen und Landwirtschaft - um nur einige Beispiele zu nennen.

Innovative Lösungen für das Bodenmanagement

Seit 2019 arbeitet die Stiftung Sanu Durabilitas mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion des Staates Freiburg zusammen. Im Rahmen des Projekts «Chamblieux-Bertigny» ist sie für ein ehrgeiziges Programm zur Überdeckung der Autobahn und zur Planung von nachhaltigem Städtebau zuständig.



Realisierungen

Regionen und territoriale Strukturen entwickeln

Der Staatsrat hat dem Grossen Rat mehrere Erlassentwürfe zur Modernisierung der regionalen und lokalen Institutionen Freiburgs vorgelegt. So hat das Parlament im März 2018 das neue Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden angenommen.

Es wurde viel getan, um die Gemeinden bei der Umsetzung dieses Gesetzes zu unterstützen. Eine Teilrevision des Gesetzes über die Oberamtswähler wurde ebenfalls vom Grossen Rat angenommen, um den Oberamtspersonen mehr Autonomie bei der Verwaltung der Oberämter zu geben. Ende 2021 sollen eine Überprüfung der Aufgaben der Oberamtspersonen und dann eine umfassende Reform der Governance der Regionen folgen.

Diese Überlegungen sollen zu einer Debatte im Grossen Rat führen und die Grundlage für die Arbeiten an der Totalrevision des Gesetzes über die Gemeinden bilden, die mit einer Motion verlangt wurde und die in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht wird. Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die im Herbst 2021 ihre Schlussfolgerungen vorlegen soll.

Ein zweites Paket, das hauptsächlich den Schulbereich betrifft, wurde bereits angekündigt. Die Förderung von Gemeindefusionen geht weiter; 2017 wurde darüber ein Bericht erstellt. Das Gesetz über die Agglomerationen wurde im August 2020 ausserdem vollständig revidiert.

Effiziente Raumplanung

In der letzten Legislaturperiode hat der Staatsrat die Raumplanung fit für die Zukunft gemacht. Die Bedürfnisse künftiger Generationen können künftig bei der Nutzung von Flächen für Wohnen, Arbeiten und Mobilität angemessen berücksichtigt werden. Wertvolle Bodenreserven und unser Naturreichtum werden geschützt. Dies ist dank dem neuen kantonalen Richtplan möglich.

«Unsere Vision ist es, Freiburg zu einem nachhaltigen und vorbildlichen Kanton zu machen. Umweltverantwortung, wirtschaftliche Effizienz und soziale Solidarität in die öffentliche Politik zu integrieren.»
Jean-François Steiert, Staatsrat, RUBD



Nachhaltiges Freiburg: kantonale Vision und Strategie

Die nachhaltige Entwicklung ist eines der verfassungsmässigen Ziele des Staates Freiburg, das in einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung verankert ist; diese muss regelmässig erneuert werden. Die neue Strategie für nachhaltige Entwicklung 2021-2031 ist auf die Ziele der Agenda 2030 abgestimmt.



Er wurde vollständig überarbeitet und vom Bundesrat am 1. Mai 2019 und am 19. August 2020 genehmigt. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung stellt einen Paradigmenwechsel in der Raumplanung dar. Nach Gerichtsurteilen musste diese Änderung im Rahmen der Überarbeitung der Ortsplanungen, die sich derzeit in der Genehmigungsphase befinden, schneller als erwartet durchgeführt werden.

Die konsequente Anwendung des neuen Gesetzes wird die Zersiedelung der Landschaft deutlich verlangsamen und die künftige Entwicklung stärker mit dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln verknüpfen.



Das stärkt auch den Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor finanziellen Einzelinteressen. Und die vom Staatsrat entwickelte aktive Bodenpolitik ermöglicht, dank der Entwicklung bestehender Zonen, die Schaffung von vorrangigen Zonen für neue Arbeitsplätze.

Die Infrastrukturen anpassen

Der Staatsrat hat sich bemüht, die Infrastruktur in zwei Bereichen zu erneuern oder zu erweitern: Verkehr und Gebäude. Im Verkehrsbereich hat er vor allem in die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität investiert. Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln wurde erheblich erweitert. Beispiele dafür sind der

Nachhaltigkeit: durchdachte Mobilität

Eine Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, künftige Mobilitätspläne zu planen, die Ämter bei ihrer Ausarbeitung zu unterstützen und zu den beantragten Plänen Stellung zu nehmen. Bislang wurden drei Mobilitätspläne entwickelt. Der letzte, der 2017 verabschiedet wurde, ist der ehrgeizigste und betrifft das Burgquartier.



« Die Infrastrukturen verbessern, um sich an den Klimawandel und den digitalen Wandel anzupassen. »»

15-Minuten-Takt in der gesamten Agglomeration Freiburg, für den der Bahnhof Givisiez verlegt und renoviert wurde, sowie die Arbeiten zur Schaffung von Busspuren am Ortseingang von Marly und auf der Route de la Fonderie in Fribourg. Seit Mai 2021 werden bei Tiefbauarbeiten systematisch nachhaltige Materialien und Verfahren eingesetzt.

Aber auch die Unterstützung für die Veloinfrastrukturen wurde erhöht. Verbesserungen wurden gleichzeitig mit Unterhaltsarbeiten am kantonalen Strassennetz oder im Rahmen von Ausbauarbeiten durchgeführt, wie zum Beispiel der Bataille-Steigung zwischen Broc und Châtel-sur-Montsalvens oder zwischen Marly und Le Mouret.

Im Gebäudesektor hat der Staatsrat mit einer neuen Strategie für den Grundbesitz und einer Neuorganisation der Tiefbauwerke die Grundlagen für eine effiziente und nachhaltige Bewirtschaftung des eigenen Immobilienbestands geschaffen. Projekte wie das Polizeiverwaltungsgebäude in Granges-Paccot und der neue Schulbauernhof in Grangeneuve, die beide aus Freiburger Holz gebaut wurden, zeugen davon ebenso wie das Projekt zum Umbau und zur Renovierung des Schlosses Bulle oder der Erweiterungsbau der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt.

Die nachhaltige Mobilität fördern

Die nachhaltige Entwicklung ist eines der Ziele, die in der Kantonsverfassung verankert sind. Das gilt auch für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das Angebot konnte um mehr als 20 % erhöht werden. Ausserdem hat der Staatsrat eine Reihe von Projekten zur Förderung der nachhaltigen Mobilität lanciert. In diesem Zusammenhang ist vor allem das neue Mobilitätsgesetz zu nennen, das die veralteten gesetzlichen Grundlagen ersetzen wird. Insbesondere gibt das Gesetz dem Staat wirksamere Instrumente zur Organisation und Kontrolle der Entwicklung in diesem Bereich an die Hand. Nutzerinnen und Nutzer sollen so vom Kanton effiziente Leistungen bekommen, die ihre Bedürfnisse in den unterschiedlichsten Mobilitätsbereichen decken – insbesondere auch bei der sanften Mobilität.

Das neue Gesetz, das in der Vernehmlassung begrüsst wurde, setzt die in der Kantonsverfassung formulierte Forderung um, eine gezielte Förderung der nachhaltigen Mobilität zu ermöglichen. Es schafft auch die nötigen Voraussetzungen für Innovation und Digitalisierung in entscheidenden Bereichen. Zudem erlaubt es, die Klimaziele von Bund und Kantonen im Bereich der Mobilität zu berücksichtigen.

Mit dem gleichen Ansatz hat sich der Staat auch für die Förderung der kombinierten Mobilität eingesetzt. In dieser Legislaturperiode erarbeitete er einen Plan für Park&Ride-Anlagen an den Bahnhöfen des Kantons (Sachplan Park&Ride).

Mobilitätsschnittstellen ermöglichen es Pendlerinnen und Pendlern, ihr Auto oder Velo dort zu parkieren und mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt zu gelangen.

« **Personen und Güter müssen im Kanton Freiburg ungehindert zirkulieren können – unter Berücksichtigung der Interessen von Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt.** »

Ein modernes und nachhaltiges Mobilitätsgesetz

Im Februar 2021 hat der Staatsrat den Vorentwurf für ein Gesetz, das für den Kanton eine moderne und nachhaltige Grundlage für die gesamte Mobilität bilden soll, in die Vernehmlassung gegeben. Das neue Gesetz soll insbesondere die nachhaltige Mobilität unter Berücksichtigung der Klimaziele des Bundes und des Kantons fördern und die Förderung von Innovation und Digitalisierung im Mobilitätsbereich ermöglichen.





«I mache mit!»-Tag mit Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, GSD.

Den Service-Public und die Transparenz stärken

Die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an den politischen Entscheiden und an ihrer Ausarbeitung wird gefördert, namentlich diejenige der Jugendlichen, indem die Strategie «I mache mit» und der Wettbewerb Cinécivic, der in der Legislaturperiode vom Projekt Easyvote abgelöst wurde, fortgesetzt werden.

Der Staat Freiburg bot den Schweizerinnen und Schweizern im Ausland zwischen 2010 und 2019 die Stimmabgabe über das Internet an, bis die Post beschloss, ihren Dienst einzustellen, um sich auf die Entwicklung eines Systems der neuen

« Ende 2020 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Politikfinanzierung (PolFiG) verabschiedet. »

Generation zu konzentrieren. Beim Urnengang vom 27. September 2017 wurde das E-Voting zum ersten Mal den Stimmberechtigten der Pilotgemeinde Treyvaux angeboten. Das E-Voting wurde von fast 40 % der Stimmberechtigten, die Zugang dazu hatten, genutzt. Der Staat Freiburg plant die Wiederaufnahme der Stimmabgabe über das Internet ab 2022.

Ende 2020 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Politikfinanzierung (PolFiG), das in Anwendung von Artikel 139a der Verfassung des Kantons Freiburg verfasst wurde, verabschiedet.

Konkret erfahren die Stimmberechtigten dank dieser Transparenz die Identität privater Spenderinnen und Spender, bevor sie eine Entscheidung treffen, und können sich so ihrer möglichen Bedeutung für das politische Handeln bewusst werden.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich nun ein besseres Bild von den beteiligten Interessen machen, sich eine Meinung anhand einer vollständigen Grundlage bilden und so ihre staatsbürgerlichen Pflichten in Kenntnis der Sachlage erfüllen.

«I mache mit!»

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung (FKJF) organisiert kantonale «I mache mit!»-Tage, um den Akteuren der freiburgischen Kinder- und Jugendpolitik zu ermöglichen, sich zu treffen und gemeinsam die Ziele und Massnahmen der kantonalen Politik in diesem Bereich festzulegen.



Die Tätigkeit des Staates Freiburg digitalisieren
Im Rahmen der Entwicklung der Verwaltung 4.0 und gemäss dem Sachplan der Digitalisierung und der Informationssysteme wurden in dieser Legislaturperiode mehr als 200 Projekte durchgeführt.

Die Überarbeitung der Website www.fr.ch, das kantonale Bezugssystem, das Portal frischool, das Projekt zur Harmonisierung der Informationssysteme der Schulen, eUmzug und die Anwendung FRIAC, mit der Baubewilligungsverfahren online abgewickelt werden können, sind Beispiele für den digitalen Wandel des Staates.

Das Programm E-Justice, mit dem verschiedene Leistungen des Gerichtswesens elektronisch bereitgestellt werden sollen, wurde ebenfalls initialisiert.

Die Einführung des elektronischen Patientendossiers auf kantonaler Ebene ist im Gange und profitiert von der interkantonalen Zusammenarbeit über den Verein CARA. Beim E-Government haben mehr als 80 000 Benutzerinnen und Benutzer einen Account, mit dem sie sich am virtuellen Schalter einloggen können. Er bietet sichere Dienste für alle E-Government-Leistungen, wie z. B. ePayment für gebührenpflichtige Leistungen (Kreditkarten / TWINT); die Echtheitsprüfung von Dokumenten, mit der auf einfache Weise überprüft werden kann, ob ein Dokument nach seiner Ausstellung nicht gefälscht wurde; das Identifizierungsbüro, das sicherstellt, dass die virtuelle Person auch wirklich der natürlichen Person entspricht.

« **80 000 Bürgerinnen und Bürger füllen bereits ihre Verwaltungsdokumente mit einigen Klicks aus.** »

Freiburg stellt Zivilstandsurkunden in elektronischer Form aus

Im März 2019 bietet Freiburg als erster Kanton der Schweiz elektronische Zivilstandsurkunden mit einer qualifizierten elektronischen Signatur an, die den auf Papier ausgestellten gleichwertig sind.



Um die Bereitstellung von digitalen Leistungen durch einen einzigen Kontaktpunkt für die Bevölkerung, sei es für kommunale oder kantonale Leistungen, zu beschleunigen, haben der Staat Freiburg und der Freiburger Gemeindeverband (FGV) eine Vereinbarung zur Digitalisierung öffentlicher Leistungen im Rahmen des Vorgehens DIGI-FR unterzeichnet.



Schlussfolgerung

—

In dieser Legislaturperiode wurden wichtige Grundlagen für die Modernisierung des Kantons gelegt. Dies geschah zum einen durch die Promulgierung von gesetzlichen und Planungsgrundlagen und zum anderen durch die Umsetzung von Infrastrukturprojekten.

Bei der Digitalisierung der Leistungen des Staats wurde ein grosser Schritt nach vorn gemacht. Die grosse Herausforderung der Zukunft wird die nachhaltige Entwicklung unseres Kantons und die Umsetzung einer sozialverträglichen Klimaschutzpolitik sein.

3 Die Lebensqualität verbessern



1.



2.



3.



1.



2.



3.



Die Lebensqualität verbessern

Der Staat hat die Gesundheitsleistungen in den verschiedenen Bereichen konsolidiert und dafür gesorgt, dass der Bedarf der Bevölkerung gedeckt ist. Das Freiburger Spital (HFR) hat eine Strategie definiert, die den aktuellen Herausforderungen im Gesundheitswesen Rechnung trägt: eine starke regionale Präsenz mit Spitälern für Pflege in der Nähe, ein Spital für komplexe Akutpflege im Zentrum des Kantons, der Aufbau eines Partnernetzes und der Einsatz der digitalen Medizin.

Qualität der Pflege und Nähe der Betreuung kombinieren

2020 legt das Freiburger Spital (HFR) die Grundlagen für seinen Vierjahresplan, den ersten grossen Schritt zur Umsetzung der Strategie HFR 2030. Die Aufgaben, vor denen das HFR steht, sind klar: eine zentrale Rolle im Freiburger Gesundheitssystem zu spielen, Zugang zu einem breiten Angebot an stationären und ambulanten Leistungen zu bieten, an der Ausbildung von medizinischem und pflegerischem Personal mitzuwirken, ein aktiver Partner der verschiedenen Leistungserbringenden und –erbringer im Gesundheitswesen zu bleiben und ein Kompetenzzentrum für Allgemeinmedizin und Telemedizin zu sein.



Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat die psychiatrische Versorgung an seinem Standort in Villars-sur-Glâne mit der Eröffnung eines deutschsprachigen Zentrums und eines kantonalen psychiatrischen Notfalldienstes, der 7 Tage die Woche und 24 Stunden am Tag in Betrieb ist, ausgebaut. Das Engagement des Staates für Prävention und Gesundheitsförderung spiegelt sich in verschiedenen kantonalen Programmen wider. Im Bereich der Ausbildung des Pflegepersonals haben diese Investitionen zu einem stetigen Anstieg der Zahl der FH-Studierenden in der Pflege geführt, insbesondere dank einer neuen zweisprachigen Ausbildung und einer in der Schweiz einzigartigen FH-Ausbildung in Osteopathie.

Um die vielfältigen sozioökonomischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu bewältigen und die damit verbundenen Risiken vorwegzunehmen, hat der Staat Reformen in der Gesetzgebung durchgeführt und Massnahmen ergriffen, um das Wohlergehen der Bevölkerung zu schützen, die Eingliederung zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Der Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften wurde mit jährlichen Treffen gefördert und eine Überprüfung des Gesetzes über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat wurde eingeleitet. Der Staat achtet insbesondere auf die Bewahrung der natürlichen Ressourcen. Es wurden Massnahmen ergriffen, um energiepolitische Ziele zu erreichen, darunter die Substitution fossiler Energien durch erneuerbare Energien und die Förderung einer

effizienten Nutzung der Ressourcen. Der bei den Gemeinden geförderte freiwillige Schulsport zeigt gute Ergebnisse. Das Programm «Kultur & Schule» des Amtes für Kultur (KA) ermöglicht den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten, die von Fachleuten angeboten werden, und sensibilisiert sie für verschiedene Formen des künstlerischen Ausdrucks.

Bei der Sicherheit hat der Staat die Präventions- und Ermittlungstätigkeit verstärkt. Die richterliche Gewalt und die Justiz wurden verbessert. Fribourgissima Image Fribourg engagierte sich weiterhin, um Freiburg über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt zu machen. Die interkantonale Zusammenarbeit wirkt sich in verschiedenen Gesundheitsbereichen aus: namentlich der Gesundheitsplanung, der postgradualen medizinischen Ausbildung und im Bereich E-Health, sowie im Bereich der Sicherheit.

Ziele

—

Die Ziele lassen sich in vier Schwerpunkten zusammenfassen:

- das Wohlbefinden der Bevölkerung wahren, die Integration fördern und den sozialen Zusammenhalt stärken;
- die natürlichen Ressourcen schützen;
- die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an kulturellen und künstlerischen Aktivitäten fördern;
- die Tätigkeit des Staates im Bereich der Sicherheit, insbesondere bei der Präventions- und der Ermittlungstätigkeit verstärken.

«**Die Freiburger Spitallandschaft entwickelt sich weiter und bietet ein umfassendes Angebot an Akutversorgung und Satellitenstandorten für die Pflege in der Nähe.**»

Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG)

Das FNPG ist ein medizinisches, pflegerisches und psychosoziales Kompetenzzentrum im Bereich der psychischen Gesundheit. Es handelt sich um ein zweisprachiges Netzwerk, das sich ständig weiterentwickelt und über die neuesten therapeutischen Entwicklungen auf dem Laufenden ist.



Das FNPG schafft ein echtes Zentrum für psychische Gesundheit in Freiburg.



Realisierungen

Die Gesundheit bewahren und fördern

Der Staat setzt sich für die Erhaltung einer gesunden Umwelt ein. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit wurde während der Legislaturperiode vor allem die Qualität des Trinkwassers überwacht, insbesondere durch die Analyse von Chlorothalonil. Der Staat hat seinen sektorübergreifenden Ansatz zur Gesundheitsförderung (Perspektiven 2030) über die verschiedenen kantonalen Programme fortgesetzt, welche die Umsetzung von mehr als 115 kantonalen Massnahmen ermöglichen: der kantonale Aktionsplan Alkohol, das kantonale Programm zur Prävention des Rauchens, das kantonale Programm «Ich ernähre mich gesund und bewege mich ausreichend» und das kantonale Programm

Trinkwasser und Analysen zum Chlorothalonil

2020 hat das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) alle Trinkwasservorkommen im Kanton Freiburg analysiert. Diese Analysen zeigen, dass Chlorothalonil-Metaboliten hauptsächlich in den Regionen Broye, See, Sense, Saane und im Süden des Glanebezirks vorhanden sind. Der Staatsrat ist entschlossen, alles zu tun, um das Problem zu lösen und gemeinsam mit dem Bund Lösungen zu finden.



«Die Schaffung eines gesunden Umfelds trägt zur Bekämpfung von Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen bei.»

zur Förderung der psychischen Gesundheit (die beiden letzteren werden von Gesundheitsförderung Schweiz mitfinanziert).

Letzteres umfasst 28 Massnahmen, die sich an Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren und ihre Familien sowie an die Fachkräfte, die mit ihnen arbeiten, richten, um das Zielpublikum für die Bedeutung der psychischen Gesundheit zu sensibilisieren und die Stärkung der psychischen Ressourcen und der sozialen Teilhabe zu fördern. In diesem Rahmen wurde die Beteiligung an der Kampagne Psy-Gesundheit während der Pandemie verstärkt. Mit dem Konzept «Gesundheit in der Schule» EKSD-GSD können die Prioritäten bei der Gesundheit im schulischen Umfeld behandelt werden.

Es wurde eine Strategie für sexuelle Gesundheit entwickelt, um die Bevölkerung in ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu unterstützen, sie in die Lage zu versetzen, fundierte Entscheidungen zu treffen und ihre Rechte und Pflichten zu kennen.

Die Konzentration der komplexen Akutversorgung am HFR, hauptsächlich am Standort Freiburg, trägt zur Erhaltung eines starken Spitalzentrums bei, das den ständig steigenden Anforderungen im medizinischen Bereich gerecht wird.

In den Regionen werden in enger Zusammenarbeit mit den Gesundheitspartnern Gesundheitszentren für die ambulante Versorgung mit einem breiten Spektrum an Konsultationen und Bereitschaftsdiensten für dringende medizinische Fälle eingerichtet. Ausserdem werden die Spitalleistungen in den Bereichen patientennahe Medizin und Rehabilitation beibehalten oder sogar verstärkt.

Der kantonale psychiatrische Notfalldienst des FNPG ist für die koordinierte Pflege der Bevölkerung des Kantons sowie für die Partnerinnen und Partner im Gesundheitswesen von grosser Bedeutung. Aufgrund der Pandemie wurde das Projekt zur Neuorganisation der schulärztlichen Betreuung FRIMESCO auf 2022 verschoben, ein Pilotprojekt wurde jedoch im Herbst 2021 gestartet. Der Tag der betreuenden Angehörigen am 30. Oktober trägt dazu bei, die wichtige Rolle der betreuenden Angehörigen zu würdigen. Um auf ihre Anfragen zu reagieren, wurde eine Telefonnummer eingerichtet, namentlich mit der Unterstützung durch die Loterie Romande (LORO). Der Staat hat auf der Grundlage der kantonalen Palliativpflege-Strategie Massnahmen umgesetzt. Er arbeitet so daran, ein koordiniertes, qualitativ hochwertiges Angebot an Pflege und Unterstützung zu gewährleisten, den Bedürfnissen der kranken Person zu entsprechen und dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung die Bedeutung der Palliativbetreuung anerkennt. Die HfG-FR bietet den Pflegefachfrauen und -männern Pflege- und Gesundheitsförderungsmassnahmen sowie Orientierung im sozialen und gesundheitlichen Netzwerk, insbesondere dank dem schweizweit einmaligen Projekt Gesundheitssprechstunde (CoSaMo).

« Wir müssen uns auf ein Gesundheitssystem zubewegen, das eine qualitativ hochwertige Pflege bietet, die den Bedürfnissen der Freiburger/in-nen gerecht wird. »

Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, GSD

Mit dem Preis zum Tag der Zweisprachigkeit werden jedes Jahr Aktionen zur Förderung gelebter Zweisprachigkeit ausgezeichnet

Die Zahl der Fachhochschul-Studierenden in Krankenpflege steigt seit 2017 stetig an (~+19 % seit 2017). Eine neue zweisprachige Ausbildung und ein in der Schweiz einzigartiges HES-Ausbildungsprogramm in Osteopathie, das 2019 mit dem ersten Master abgeschlossen werden soll, wurden eingerichtet.



Preis zum Tag der Zweisprachigkeit 2019.



Den sozialen Zusammenhalt und das Image des Kantons unterstützen

Um den sozialen Zusammenhalt zu erhalten und zu stärken, hat der Staatsrat Massnahmen für Familien, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten sowie für Gruppen ergriffen, die von Armut, Überschuldung oder Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind. Ein Grossteil der Massnahmen der Alterspolitik Senior+ wurden umgesetzt. Der Staat hat ein Gesetz über Ergänzungsleistungen (ELGFam) zur Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern, die trotz Erwerbstätigkeit in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, in die Vernehmlassung geschickt. Er hat die Inkassohilfe und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen überarbeitet und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen erhöht und die Unterstützung des Empfängerkreises verstärkt (IHBUBG).

Alterspolitik Senior+

Senior+ ist ein innovatives Konzept, das die Betagten in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt. Es verfolgt drei Ziele: die Integration der Seniorinnen und Senioren in die Gesellschaft, die Aufrechterhaltung ihrer Autonomie und die Anerkennung ihrer Bedürfnisse und Fähigkeiten.



Projekt «Eine Fahrt im Tuk-Tuk» des Vereins REPER, das von Senior+ unterstützt wird.

«Die Mehrheit der Freiburger Seniorinnen und Senioren möchte zu Hause bleiben. Eine Priorität für den Staatsrat.»

Er hat auch einen Entwurf für eine Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG) in die Vernehmlassung geschickt, um die Rollen zu modernisieren, zu vereinfachen und zu klären, um es an die Entwicklung unserer Gesellschaft anzupassen. Rahmen der Armutsbekämpfung hat der Staat die Überschuldungsprävention durch ein Programm verstärkt, das in Zusammenarbeit mit den Unternehmen des Kantons entwickelt und getestet wurde. Gleichzeitig wurde das Sozialhilfegesetz geändert, um den Zugang zu den Daten zu erleichtern für die Erstellung der Berichte über die soziale Lage und die Armut, deren 2. Ausgabe derzeit vorbereitet wird. Die jüngere Generation wurde für die Gleichstellung von Frau und Mann

sensibilisiert, insbesondere durch die vier Broschüren der «L'école de l'égalité», die auf allen Stufen der obligatorischen Schule angeboten werden. Die neuen Gesetze über Menschen mit Behinderungen und über die sonder- und sozialpädagogischen Institutionen und die professionellen Pflegefamilien sind in Kraft getreten und werden derzeit mit der Einführung von Massnahmen umgesetzt.

Das erste Paket des Projekts zur Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden (DETTEC) ist abgeschlossen, und ein Gesetzesvorentwurf wurde dem Parlament überwiesen. Die soziale und wirtschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten wurde durch das kantonale Integrationsprogramm (KIP) gefördert, und das zweite kantonale Integrationsprogramm (KIP 2) ist angelaufen. Der Staat hat dank «Envole-moi» auch die Ausbildung von Migrantinnen und Migranten, insbesondere von unbegleiteten Minderjährigen und jungen Menschen im Bereich Asyl und Flüchtlinge unterstützt.

Es werden regelmässig Treffen mit Vertretern der katholischen und der reformierten Kirche sowie mit muslimischen Vereinen organisiert. Der Staatsrat und der Grosse Rat sind um den sozialen Zusammenhalt bemüht und sprechen sich daher für eine Teilrevision des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat (KSG) und an der Modernisierung der Voraussetzungen für die Verleihung öffentlich-rechtlicher Vorrechte an die im Kanton neu gegründeten Religionsgemeinschaften, und die Arbeiten in dieser Richtung haben bereits begonnen. Dank der zahlreichen Projekte von Fribourgissima Image Fribourg konnte Freiburg seine Bekanntheit auf die ganze Schweiz ausweiten. Die Dynamik und die Innovation des Kantons wurden insbesondere anlässlich der 12. Fête des Vignerons in Vevey 2019 («Méjon Friboua»)

Scannen Sie den QR-Code oder klicken Sie auf [diesen Link](#), um das Video «Flüchtlinge in der Berufslehre» anzusehen.



«Was uns täglich antreibt, ist der Einsatz für eine integrative Sozial- und Gesundheitspolitik, welche die Lebensqualität und die Chancengleichheit verbessert und in der jede Bürgerin und jeder Bürger einen Platz finden kann.»

Anne-Claude Demierre, Staatsrätin, GSD

Envole-moi

«Envole-moi», ein Unterstützungs- und Integrationsprogramm für unbegleitete Minderjährige (UMA) und junge Erwachsene im Asyl- und Flüchtlingsbereich, ist das Ergebnis einer mehrmonatigen interdisziplinären Arbeit mit dem Ziel einer gemeinsamen Strategie. Seit 2018 konnten 124 UMA und junge Erwachsene an dieser Massnahme für mehr Selbständigkeit und Integration teilnehmen, die meisten von ihnen waren erfolgreich.



Mit Beratungs- und Präventionstätigkeiten soll gegen Diskriminierung gekämpft werden.



Den Zugang zur Kultur, zum kulturellen Erbe und zum Sport fördern und Talente unterstützen

Mehrere bedeutende Investitionen wurden in die kulturelle Infrastruktur getätigt, insbesondere die Gewährung eines Studienkredits für das künftige Naturhistorische Museum, der Beginn der Arbeiten an der Kantons- und Universitätsbibliothek und die Einweihung des Standorts Romont des Konservatoriums. Die KUB hat aktiv am Aufbau des nationalen Verbunds SLSP mitgewirkt, das den Zugang zu mehr als 40 Millionen Büchern online ermöglicht. Die Jugendlichen des Kantons profitieren von einem breiten kulturellen Angebot, insbesondere dank dem Kultur-GA und dem Vermittlungsprogramm Kultur & Schule, das Begegnungen zwischen Schulen und Kunstschaffenden fördert. Die Förderung des kreativen Schaffens in der bildenden Kunst wurde verstärkt.

Das künftige Naturhistorische Museum wird geprüft

Das Projekt M13 hat den Architekturwettbewerb für den künftigen Standort im Zeughausquartier der Kantonshauptstadt gewonnen. Die Fertigstellung ist frühestens für 2023 oder 2024 geplant.

© Alle Rechte vorbehalten - ZAMPARO ARCHITECTES SA



«Die Dynamik unserer lebendigen Traditionen und die Zweisprachigkeit sind ein kultureller Reichtum, der unseren Kanton stark macht, auch im künstlerischen Schaffen. Es ist wichtig, langfristig darin zu investieren.»

Jean-Pierre Siggien, Staatsrat, EKSD

Die Renovierung von Schlössern und historischen Gebäuden im Hinblick auf eine breitere Öffnung für die Öffentlichkeit ist im Gange. Die Förderung der lebendigen Freiburger Traditionen wird nun von einer kantonalen Gruppe betreut. Das Museum für Kunst und Geschichte hat sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern und der Öffentlichkeit eingestellt.

Der Kanton hat kantonale Sportinfrastrukturprojekte unterstützt, insbesondere den Sport- und Freizeitcampus Schwarzsee, das Schwimmbad Romont und die Eishalle St. Leonhard.

Die neuen Richtlinien Sport-Ausbildung (SKA) erleichtern es, eine schulische oder berufliche Ausbildung mit der Ausübung von Spitzensport in Einklang zu bringen. Der Kanton war unter anderem Gastgeber des Schweizerischen Schulsporttages (SSST) und engagierte sich für die YOG Lausanne 2020, an denen mehrere Schülerinnen und Schüler und Lernende teilnahmen.

Die natürlichen Ressourcen erhalten

Die Lebensqualität der jetzigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Freiburg hängt wesentlich davon ab, wie die natürlichen Ressourcen bewirtschaftet werden. Aber auch wirtschaftliche und soziale Faktoren sind entscheidend. Diesem Umstand wird in der Strategie für nachhaltige Entwicklung, deren Umsetzung in allen Politikbereichen 2021 beginnt, Rechnung getragen.

Diese Strategie hat auch zum Ziel, den Gemeinden und Dritten gemäss den wichtigsten Schlüsselzielen der Agenda 2030 einen Anstoss zu geben. Sie umfasst Massnahmen in Bereichen wie der Armutsbekämpfung, der Förderung nachhaltiger Systeme im Lebensmittelsektor oder der Verringerung der gesundheitsschädigenden Umweltauswirkungen.

In diesem Sinne hat der Staatsrat beschlossen, 2019 den Übergang des Kantons zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft und die Anpassung an den Klimawandel zu beschleunigen. Er verabschiedete 2021 einen Klimaplan mit 115 Massnahmen, die zwischen 2021 und 2026 umgesetzt werden sollen – zusätzlich zu den bereits umgesetzten Massnahmen in den Bereichen Energiepolitik, Mobilität, Bauten und anderen Bereichen.



Partizipativer Klimaplan-Workshop mit vielen Teilnehmenden, der die Erstellung eines Plans sicherstellt, der allen Herausforderungen des Kantons wirksam begegnen kann.

«Umweltpolitik darf den sozialen Zusammenhalt nicht gefährden.»

Jean-François Steiert, Staatsrat, RUBD

Ergänzend dazu werden im Sachplan Gewässerbewirtschaftung die vordringlichen Aktivitäten, die in den verschiedenen Regionen des Kantons durchgeführt werden müssen, aufgeführt. Mit diesem Plan können vor allem die Trinkwasservorkommen besser geschützt werden. Er wird begleitet von einem Aktionsplan, mit dem die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken im landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Bereich verringert werden sollen.

Der Freiburger Klimaplan: das Netto-Null-Emissionsziel des Kantons

«Der Klimawandel und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen erfordern grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaft. Mobilität, erneuerbare Energien, Innovation in der Kreislaufwirtschaft sind unsere Zukunft».
Jean-François Steiert, Staatsrat, RUBD

2019 kommt der gesamte Staatsrat zu einem Workshop zusammen, um in kollegialer Weise und mit Unterstützung seiner Expertinnen und Experten die Absicht und die strategischen Roadmaps des kantonalen Klimaplanes festzulegen.



Die Sicherheit gewährleisten

Die Verbesserung des operativen, strukturellen und strategischen Rahmens für die Sicherheit des Kantons Freiburg ist eine Baustelle, die schon seit langem tagtäglich von zahlreichen Akteuren in engen Partnerschaften geführt wird. Der Staat spielt dabei eine führende Rolle, sei es als direkter Akteur über die in diesem Bereich tätigen Dienste – Kantonspolizei, Zivilschutz, Partner des Bevölkerungsschutzes usw. – oder als Gesetzgeber und Organisator, indem er Regeln und Ziele festlegt. Die neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Kantonspolizei zum Bedrohungsmanagement wurden mit der Schaffung einer polizeieigenen Abteilung umgesetzt. Die Abteilung Bedrohungsmanagement entspricht einer nationalen Empfehlung und verstärkt das Präventionsdispositiv mit Kompetenzen in den Bereichen Identifizierung, Analyse und Umgang mit Risikosituationen. Sie stützt sich dabei auf

Neue Einheit für Bedrohungsmanagement

Eine neue Einheit der Kantonspolizei und ein Netzwerk von Partnern zur Identifizierung, Analyse und Entschärfung der Risiken von Gewalttaten. Die Vorzeichen von Gewalt erkennen, das Risikopotenzial beurteilen und in einem interdisziplinären Netzwerk arbeiten, um die Bedrohung zu entschärfen: Dies ist das Ziel des von der Direktion für Sicherheit und Justiz entwickelten Projekts zum Bedrohungsmanagement. Mit ihm wird eine der Prioritäten der Kriminalpolitik 2018-2021 verwirklicht. Dieser neue Ansatz bietet auch neue Möglichkeiten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und ihrer Auswirkungen auf die Familie.



« Die digitale Transformation von Justiz und Polizei wird eine bessere Antizipation und Effizienz im Kampf gegen Bedrohungen ermöglichen. »

Maurice Ropraz, Staatsrat, SJD

ein Kompetenz- und Partnernetzwerk. Mit der Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen wurden Opferschutz und -betreuung namentlich im Bereich häusliche Gewalt weiter verbessert. Die zweisprachige und interaktive Ausstellung zur Prävention von häuslicher Gewalt «Stärker als Gewalt» war ebenfalls ein grosser Erfolg bei Tausenden von Jugendlichen und Fachleuten.

Ferner hat der Staatsrat dem Grossen Rat seinen Entwurf des Gesetzes über die Brandbekämpfung und die Hilfeleistungen überwiesen, mit dem die Wirksamkeit der Feuerwehreinätze und die Effizienz ihrer Organisation gestützt auf eine Kartierung der Risiken verbessert werden sollen. Dieses wurde vom Staatsrat und im März 2021 vom Grossen Rat verabschiedet. Das Projekt der Totalrevision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz wurde durch den Ausbruch der Coronapandemie verzögert. Es wird jedoch von den vielen Erfahrungen aus dieser Krise von nie dagewesenem Ausmass profitieren.

Das neue Gesetz vom 7. Oktober 2016 über den Straf- und Massnahmenvollzug wurde namentlich mit der Fusion der Anstalten von Bellechasse und des Zentralgefängnisses zur neuen Freiburger Strafanstalt (FRSA) und mit derjenigen des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG), dem die Sektion «Zentralgefängnis» weggenommen wurde, und des Amtes für Bewährungshilfe (BHA) zum neuen Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA) umgesetzt.

Die Strafvollzugspolitik des Kantons Freiburg wurde für jede Periode eingerichtet und bestimmt. Diejenige für den Zeitraum 2021-2023 umfasst unter anderem die nachstehend zusammengefassten Elemente. Die Stärkung des risikoorientierten Sanktionsvollzugs (ROS) wird mit einer schrittweisen Einführung von entsprechenden Verfahren umgesetzt. Die psychiatrische Betreuung und Pflege von Personen im Massnahmenvollzug am Standort Bellechasse wird ausgebaut. Die Erweiterung von Bellechasse (40 zusätzliche Plätze in der geschlossenen Abteilung) und des medizinischen Zentrums für den ganzen Standort, die Schliessung des Zentralgefängnisses und die Grundlagen der neuen Organisation der FRSA an einem einzigen Standort werden derzeit umgesetzt. Bei der Informatik in der Strafjustiz wurde eine regelmässige Koordinierung und Überwachung aller Projekte eingerichtet.

Vor dem Hintergrund einer konstanten, wenn auch verlangsamten Zunahme der Zahl der Fahrzeuge auf den Strassen des Kantons Freiburg hat das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) wichtige Massnahmen zur Verbesserung des Kundendienstes ergriffen. Dazu gehören die Verdoppelung der Zahl der Pisten für die

technische Kontrolle der Fahrzeuge und die Verbesserung der Empfangsinfrastruktur der Zweigstelle Bulle. Die Website wurde komplett neu gestaltet. Die Öffnungszeiten für die Kundinnen und Kunden wurden geändert und der Hauptstandort in Freiburg ist nun an jedem Werktag von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr ohne Unterbrechung für die Öffentlichkeit zugänglich. Die grosse Kundenzufriedenheit wird auf diese



Oben: Panoramaansicht von Bellechasse
Unten: Panoramaansicht des Zentralgefängnisses.

Weise aufrechterhalten und schlägt sich in Quoten von 88 % bis 91 % zufriedener oder vollkommen zufriedener Kunden nieder. Im Februar 2021 verabschiedete der Grosse Rat das neue Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger (BMfzAG), das am 1. Januar 2022 in Kraft tritt. Mit ihm sollen die Besteuerungskriterien vereinfacht und die umweltfreundlichsten Fahrzeuge gefördert werden. Trotz der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie blieben der Kundendienst und die betriebliche Rentabilität auf einem hohen Niveau aufrecht erhalten.





«*Unsere Herausforderung bestand darin, eine Justiz und eine Polizei, die miteinander vernetzt sind und mit der Bevölkerung in Kontakt stehen, zu schaffen.*»

Maurice Ropraz, Staatsrat, SJD

Die richterliche Gewalt reorganisieren

Die Analyse der Gerichtsbehörden durch eine Projektorganisation, die der Staatsrat dafür eingesetzt hat, ist in der Schlussphase. Im Oktober 2019 hatte das beauftragte externe Unternehmen einen ersten Bericht vorgelegt, der das Kantonsgericht, die Staatsanwaltschaft, die Bezirksgerichte und

die gerichtsunabhängige Einheit zum Thema hatte. Auf dieser Grundlage wurde die Analyse nun auf die übrigen Gerichtsinstanzen ausgedehnt, d. h. auf das Jugendstrafgericht, die Friedensgerichte, das Wirtschaftsstrafgericht, das Zwangsmassnahmengericht und die Schlichtungskommissionen für Mietsachen. Besonders bei den Friedensgerichten - als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden - wurde auf die Analyse der Arbeitsweise des Jugendamts Bezug genommen, welche die Direktion für Gesundheit und Soziales angestossen und beim selben Unternehmen in Auftrag gegeben hat. Das Büro für Mediation in Jugendstrafsachen, das dem Amt für Justiz administrativ angegliedert ist, wurde ebenfalls in die Überlegungen einbezogen. Dem ist hinzuzufügen, dass die Gesundheitskrise und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Gerichtsbehörden praktischerweise dazu geführt haben, dass verschiedene Instanzen Lösungen für die Organisation ihrer täglichen Arbeit entwickelt haben, die in die Richtung der grösstmöglichen Effizienz gehen, die der Analyseentwurf anstrebt.

Erheblicher Schaden durch Internetkriminalität

Während sich die «klassische» Kriminalität tendenziell stabilisiert, ist bei der Internetkriminalität eine deutliche Zunahme der Anzeigen mit steigenden Schadensummen zu verzeichnen. Viele Faktoren erschweren die Ermittlungen im Bereich der Internetkriminalität, darunter die immer komplexere Vorgehensweise der Täterinnen und Täter, ihr leichter Zugang zu privaten Daten und ihre garantierte Anonymität. In diesem Bereich ist die Prävention nach wie vor eine der wirksamsten Waffen.



Schlussfolgerung

—

Der Staat hat zahlreiche Massnahmen ergriffen, um die Lebensqualität der Freiburger Bevölkerung in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Bildung, Kultur usw. zu verbessern. Die Bevölkerung des Kantons profitiert von einer Reihe von Leistungen und Unterstützungen zur Förderung und Erhaltung einer gesunden Umwelt, der Förderung des sozialen Zusammenhalt und der Gewährleistung der Sicherheit, insbesondere für Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihres Lebenslaufs, ihres Einkommens, ihrer Herkunft oder ihres Gesundheitszustands gefährdet sind. Es ist daher notwendig, diese Aktionen und Dienstleistungen zu verstärken und sogar auszubauen, damit unser Kanton weiterhin attraktiv bleibt, um in ihm zu leben und sich zu entfalten.



Kantonsfinanzen

Angesichts der rapiden Verschlechterung der finanziellen Aussichten des Staates war der Beginn der letzten Legislaturperiode von der Notwendigkeit geprägt, einen Plan für strukturelle Massnahmen und Einsparungen zu erstellen, um die Finanzen des Staates unter Kontrolle zu halten. Dieser Plan, der im Herbst 2013 vom Grossen Rat angenommen wurde, hat seine Wirkungen in den Jahren 2014-2016 gezeigt, und so konnten in dieser Zeit immer ausgeglichene Voranschläge, die dem Verfassungsgrundsatz des finanziellen Gleichgewichts entsprachen, vorgelegt werden.

Fünf prägende Ereignisse, die diese Legislaturperiode geprägt haben:

- > Unternehmenssteuerreform
- > Verwaltung 4.0
- > Reform der Pensionskasse des Staatspersonals
- > Covid-19-Gesundheitskrise
- > Teilrevision des StPG

«Die Verwaltung des Staates ist wie die Verwaltung eines eigenen Unternehmens. Man muss antizipieren, agil sein und schnell entscheiden. Eine solide Verwaltung der Kantonsfinanzen bedeutet in erster Linie, die Entwicklung der Ausgaben in den Griff zu bekommen.»

Georges Godel, Staatsrat, FIND



Der Beginn der Legislaturperiode 2017-2021 konnte somit auf einer gesunden Finanzlage aufbauen, die allerdings durch das Auslaufen mehrerer Sparmassnahmen geprägt war.

Während des gesamten Zeitraums wies der Voranschlag der Gewinn- und Verlustrechnung einen kleinen Gewinn von einigen hunderttausend Franken pro Jahr aus, während gleichzeitig Folgendes geplant war:

- > die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform auf kantonaler Ebene;
- > der weitere Ausbau der öffentlichen Leistungen, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, insbesondere durch die Schaffung von fast 450 neuen Vollzeitäquivalenten innerhalb von fünf Jahren (ohne die Operation zur Beibehaltung der Pauschalbeträge für feste Stellen und die Kantonalisierung der Integrationsdienste 2019), vor allem im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- > die deutliche Ausweitung (+125 Millionen Franken von 2017 bis 2021) der Unterstützung und der Subventionen in allen Bereichen, insbesondere im Gesundheitswesen;
- > eine Verringerung der Steuerbelastung für natürliche Personen.

Auch auf dem Gebiet der Investitionen wurden gewaltige Anstrengungen unternommen. Während der Legislaturperiode wurde ein Programm im Umfang von mehr als 842 Millionen Franken realisiert, wobei fast vier von fünf Franken (genau 79%) ausschliesslich vom Staat getragen wurden. Bei der Stossrichtung des öffentlichen Eingreifens wurden die wichtigsten aktuellen Bedürfnisse weitgehend berücksichtigt. Die zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel wurden also hauptsächlich für die vorrangigen Bereiche der Regierungstätigkeit verwendet, nämlich für die

- Bildung (38 % oder + 98 Mio. Franken),
- Sozialfürsorge (30 % oder + 77 Mio. Franken),
- Gesundheit (11 % oder + 28 Mio. Franken) und
- Sicherheit (12 % oder +30 Mio. Franken).

Das Jahr 2020 war stark von der COVID-19-Gesundheitskrise geprägt. Es wurden dringend benötigte ausserordentlicher Finanzmittel mobilisiert, um die Not zu lindern und die stark betroffenen Sektoren und Aktivitäten zu unterstützen. Im Herbst 2020 beschloss der Grosse Rat einen Plan zur Stützung der Wirtschaft im Umfang von 63,3 Millionen Franken, um die Wirtschaft zu unterstützen und insbesondere die Wiederaufnahme der touristischen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen. Durch Rückgriff auf die in den Vorjahren gebildeten Reserven und dank ausserordentlicher Einnahmen konnte die Staatsrechnung diese Schocks auffangen, ohne dass es zu übermässigen Ungleichgewichten kam.

« Dank solider Finanzen war der Staat in der Lage, konsequent auf die Pandemie zu reagieren. »

Es sei auch darauf hingewiesen, dass der direkte und einmalige Finanzaufwand im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Pensionskasse die Rechnung 2020 mit 325 Millionen Franken belastete.



Insgesamt und trotz dieser Elemente kann die finanzielle Bilanz als zufriedenstellend bezeichnet werden. Das Eigenkapital des Staates schrumpfte jedoch aufgrund der oben erwähnten Auswirkungen deutlich, von 1088 Millionen Franken Ende 2016 auf 756 Millionen Franken Ende 2020. Dieses Eigenkapital wird über Fonds und Rückstellungen für verschiedene Zwecke verwendet. Diese werden zur Unterstützung der Umsetzung bereits laufender Projekte und zur Bewältigung der finanziellen Herausforderungen, die sich in den kommenden Jahren unweigerlich stellen werden, verwendet.



Anhang

Gesetzgebungsentwürfe des Ziels Nr. 1 «Die Beschäftigung fördern»

Von den 9 Entwürfen des Ziels Nr. 1 können 6 als abgeschlossen betrachtet werden, und 3 müssen noch zu Ende geführt werden:

Gegenstand	Umsetzungsstand am 31. 08.2021	ParlInfo
Gesetz über die Umsetzung der Steuerreform 2017 (neu)	Gesetz vom 13.12.2018	2017-DFIN-79
Gesetz über die aktive Bodenpolitik (neu)	Gesetz vom 18.10.2019	2017-DEE-60
Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (Teilrevision)	Endgültiger Vorentwurf in Vorbereitung	
Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision)	Gesetz vom 24.05.2018	2017-DEE-83
Gesetz über den Tourismus (Teilrevision)	Endgültiger Vorentwurf in Vorbereitung	
Gesetz über das Staatspersonal (Total- oder Teilrevision)	Gesetz vom 22.06.2021	2021-DFIN-12
Gesetz über die Sonderpädagogik (Totalrevision)	Gesetz vom 11.10.2017	2015-DICS-37
Gesetz über den Mittelschulunterricht (Totalrevision)	Gesetz vom 11.12.2018	2017-DICS-6
Gesetz über die Erwachsenenbildung (Teilrevision)	Vorstudien im Gange	

Weitere Gesetzgebungsentwürfe, die dem Grossen Rat vorgelegt wurden und dem Ziel 1 «Die Beschäftigung fördern» zugeordnet werden können

Von den 61 Gesetzesentwürfen ausserhalb des Programms, die der Staatsrat dem Grossen Rat übermittelt hat, können 11 dem Ziel Nr. 1 zugeordnet werden:

Gegenstand	ParlInfo
Gesetz vom 15.12.2020 zur Änderung des Gesetzes über den Mittelschulunterricht (Zugang zur Passerelle Berufsmaturität/Fachmaturität – universitäre Hochschulen)	2020-DICS-6
Gesetz vom 14.10.2020 zur Genehmigung der Sofortmassnahmen des Staatsrats zur Bewältigung der COVID-19-Epidemie	2020-DFIN-49
Gesetz vom 14.10.2020 über die Ergänzung der wirtschaftlichen Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus auf Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Selbstständigerwerbende (MUSG-COVID-19);	2020-DEE-20
Gesetz vom 15.09.2020 zur Änderung des Gesetzes über die obligatorische Schule (Partnersprache durch Immersion und terminologische Änderung)	2019-DICS-58
Gesetz vom 25.06.2020 zur Änderung des Gesetzes über die Fischerei (Unterstützung der Berufsfischerei)	2020-DIAF-8
Gesetz vom 05.02.2020 zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten	2018-DSJ-227
Gesetz vom 12.09.2019 zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Schwarzarbeit)	2018-DEE-5
Gesetz vom 09.10.2018 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Öffnungszeiten der Geschäfte am Samstag); in der Volksabstimmung abgelehnt	2018-DSJ-116
Gesetz vom 24.05.2018 zur Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung	2017-DEE-83
Gesetz vom 07.02.2018 zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes	2017-DIAF-39
Gesetz vom 18.05.2017 zur Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (Fonds für die aktive Bodenpolitik)	2017-DFIN-20

Gesetzgebungsentwürfe Nr. 2 «Den Kanton modernisieren»

Von den 13 Projekten des Ziels Nr. 2 können 6 als abgeschlossen betrachtet werden, und 7 müssen noch zu Ende geführt werden:

Gegenstand	Umsetzungsstand am 31. 08.2021	ParlInfo
Raumplanungs- und Baugesetz (Teilrevision)	Loi du 21.06.2018	2018-DAEC-56
Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (neu)	Loi du 22.03.2018	2015-DIAF-30
Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals (Teilrevision)	Loi du 26.06.2020	2018-DFIN-3
Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (Teilrevision)	Loi du 21.03.2018	2017-DIAF-50
Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Avant-projet en cours d'élaboration	
Gesetz über die Agglomerationen (Totalrevision)	Loi du 21.08.2020	2016-DIAF-31
Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision)	Avant-projet en cours d'élaboration	
Mobilitätsgesetz (neu – ist das Ergebnis der Totalrevision des Strassengesetzes und des Verkehrsgesetzes)	Projet transmis au Grand Conseil	2021-DAEC-126
Gesetz über die Abfallbewirtschaftung (Totalrevision)	Etudes préalables en cours	
Gesetz über die Wasserkraft (neu)	Etudes préalables en cours	
Gesetz über die öffentlichen Sachen (Teilrevision)	Travaux pas encore commencés	
Aufgabenteilung zwischen dem Staat und den Gemeinden (Teilrevision von verschiedenen Gesetzen – 1. Paket)	Avant-projet définitif en préparation	
Gesetz über die Brandbekämpfung und die Hilfeleistungen	Loi du 26.03.2021	2020-DSJ-172



Weitere Gesetzgebungsentwürfe, die dem Grossen Rat vorgelegt wurden und dem Ziel 2 «Den Kanton modernisieren» zugeordnet werden können

—
Von den 61 Gesetzesentwürfen ausserhalb des Programms, die der Staatsrat dem Grossen Rat übermittelt hat, können 39 dem Ziel Nr. 2 zugeordnet werden:

Gegenstand	ParlInfo
Entwurf vom 22.03.2021 des Gesetzes zur Änderung der Organisation der Mediation für Verwaltungsangelegenheiten	2020-DIAF-28
Gesetz vom 20.05.2021 über die Streichung des Leumundszeugnisses aus der Freiburger Gesetzgebung	2020-DSJ-13
Gesetz vom 19.05.2021 zur Änderung des Gesetzes über die obligatorische Schule (Verbot der Weitergabe von Informationen)	2020-DICS-11
Gesetz vom 23.03.2021 zur Änderung des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter	2020-DFIN-3
Gesetz vom 11.02.2021 über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger (BMfzG)	2018-DSJ-228
Gesetz vom 18.12.2020 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an bestimmte Aspekte der Digitalisierung	2019-CE-239
Gesetz vom 16.12.2020 über die Politikfinanzierung (PolFiG)	2018-DIAF-16
Gesetz vom 15.12.2020 zur Änderung des Gesetzes über die obligatorische Schule (Beurteilung und Schulzeugnis)	2020-DICS-7
Gesetz vom 17.11.2020 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2021	2020-DFIN-52
Gesetz vom 16.10.2020 zur Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern	2020-DFIN-13
Gesetz vom 16.10.2020 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	2020-DFIN-5
Gesetz vom 15.10.2020 zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Realakte)	2020-CE-4
Gesetz vom 18.09.2020 zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	2020-DSAS-29
Geldspielgesetz vom 17.09.2020 (EGBGS)	2020-DSJ-21
Gesetz vom 17.09.2020 über den Beitritt zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat und zur Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele	2020-DFIN-20
Gesetz vom 25.06.2020 zur Änderung der Gesetzgebung im Bereich der Gemeindegemeinschaften	2020-DIAF-13
Ausführungsgesetz vom 24.06.2020 zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen	2019-DSJ-163
Gesetz vom 04.02.2020 zur Änderung des Gesetzes über das Trinkwasser	2019-DIAF-24
Gesetz vom 21.11.2019 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern und des Sozialhilfegesetzes	2019-DFIN-22
Gesetz vom 20.11.2019 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2020	2019-DFIN-47
Gesetz vom 16.10.2019 zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	2018-DSJ-117
Gesetz vom 27.06.2019 zur Änderung des Energiegesetzes	2018-DEE-6
Gesetz vom 25.06.2019 über den Beitritt zum Gebietsänderungskonkordat über den Wechsel der bernischen Einwohnergemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg	2018-DIAF-35
Gesetz vom 27.03.2019 zur Änderung des Gesetzes über die obligatorische Schule und des Gesetzes über die Sonderpädagogik	2018-DICS-39
Gesetz vom 8.11.2018 über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz (SIERA-Vereinbarung)	2018-DAEC-140
Gesetz vom 7.11.2018 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2019	2018-DFIN-48

Gesetz vom 7.11.2018 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern und des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer	2018-DFIN-18
Gesetz vom 9.10.2018 zur Kündigung der Interkantonalen Vereinbarung (bzw. des Konkordats) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten	2018-DSJ-93
Gesetz vom 23.03.2018 über die Aufnahme der bernischen Einwohnergemeinde Clavaleyres durch den Kanton Freiburg und ihren Zusammenschluss mit der Gemeinde Murten	2017-DIAF-52
Gesetz vom 13.12.2017 zur Änderung des Gesetzes über die Oberamtmänner	2017-DIAF-37
Gesetz vom 17.11.2017 zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal (Sonderprivatauszug aus dem Strafregister und Streikrecht) – Beschwerde beim BGer hängig	2016-DFIN-16
Gesetz vom 16.11.2017 zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Teilrevision)	2017-DSAS-28
Gesetz vom 15.11.2017 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2018	2017-DFIN-74
Gesetz vom 11.10.2017 zur Änderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer	2015-DFIN-30
Gesetz vom 11.10.2017 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern und des Gesetzes über die Gemeindesteuern	2017-DFIN-33
Gesetz vom 10.10.2017 zur Änderung des Justizgesetzes (Beschäftigungsgrad der Richterinnen und Richter)	2017-DSJ-51
Gesetz vom 22.06.2017 zur Anpassung der Amtsdauer einiger Kommissionen	2016-DSJ-236
Gesetz vom 17.05.2017 zur Änderung des Gesetzes über die Fischerei	2017-DIAF-11
Gesetz vom 8.02.2017 zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Anwendung FRIAC)	2016-DAEC-24

Gesetzgebungsentwürfe Nr. 3 «Die Lebensqualität verbessern»

Von den 10 Entwürfen des Ziels Nr. 3 können 4 als abgeschlossen betrachtet werden, und 6 müssen noch zu Ende geführt werden:

Gegenstand	Umsetzungsstand am 31.08.2021	ParlInfo
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (neu)	Endgültiger Vorentwurf in Vorbereitung	
Gesetz über Menschen mit Behinderungen (neu)	Gesetz vom 12.10.2017	2014-DSAS-64
Gesetz über die sonder- und sozialpädagogischen Institutionen und die professionellen Pflegefamilien (neu)	Gesetz vom 16.11.2017	2017-DSAS-29
Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Entwurf an den Grossen Rat überwiesen	2020-DSAS-69
Gesetz über die Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen (neu)	Endgültiger Vorentwurf in Vorbereitung	
Gesetz über den Schutz der Kulturgüter (Teilrevision)	Vorstudien im Gange	
Gesetz über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (Teilrevision)	Gesetz vom 12.09.2018	2014-DIAF-67
Sozialhilfegesetz (Totalrevision)	Endgültiger Vorentwurf in Vorbereitung	
Gesetz über den Bevölkerungsschutz (Teilrevision)	Vorentwurf wird gegenwärtig ausgearbeitet	
Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht (Totalrevision)	Gesetz vom 14.12.2017	2017-DIAF-4



1.



2.



3.



1.



2.



3.



Weitere Gesetzgebungsentwürfe, die dem Grossen Rat vorgelegt wurden und dem Ziel 3 «Die Lebensqualität verbessern» zugeordnet werden können

—

Von den 61 Gesetzesentwürfen ausserhalb des Programms, die der Staatsrat dem Grossen Rat übermittelt hat, können 11 dem Ziel Nr. 3 zugeordnet werden:

Gegenstand	ParInfo
Entwurf vom 22.03.2021 des Gesetzes zur Änderung des Justizgesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege	2021-DSJ-13
Gesetz vom 18.11.2020 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels	2020-DSAS-44
Gesetz vom 18.09.2020 über den Beitritt zu den Änderungen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen	2018-DAS-37
Gesetz vom 05.02.2020 zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten	2018-DSJ-227
Gesetz vom 11.09.2019 zur Änderung des Jugendgesetzes	2019-DSAS-26
Gesetz vom 6.02.2019 zur Änderung der Verwendung des bei der Auflösung der Schülerunfallversicherung geäufteten Fonds	2018-DSAS-70
Gesetz vom 13.12.2018 zur Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	2018-DSAS-78
Gesetz vom 9.11.2018 zur Änderung des Gesetzes über die sonder- und sozialpädagogischen Institutionen und die professionellen Pflegefamilien (Einführung einer gesetzlichen Grundlage für das Ergreifen von Disziplinarstrafen in den sonder- und sozialpädagogischen Institutionen)	2018-DSAS-69
Gesetz vom 9.11.2018 zur Änderung der Organisation der öffentlichen Spitäler	2018-DSAS-71
Gesetz vom 8.11.2018 zur Änderung des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung (Bekämpfung des Litterings)	2018-DAEC-62
Gesetz vom 12.10.2017 über Menschen mit Behinderungen (BehG)	2017-DSAS-64

Staatskanzlei SK

Chorherrengasse 17, CH-1701 Freiburg

www.fr.ch/sk

Oktober 2021

Gedruckt auf 100%-Recyclingpapier